

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 68
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 9. März 1933.

W i e n e r - L a n d t a g .

Sitzung vom 9. März 1933.

Präsident Dr. Neubauer eröffnet die Sitzung um 17 Uhr 10 und teilt mit, dass zwei Anfragen eingelangt seien, und zwar eine Anfrage der Abg. Nachtnebel, Glöckel und Thaller an den Landeshauptmann wegen Beschlagnahme der Nummer 68 der "Arbeiter-Zeitung" vom 9. März 1933 und eine zweite Anfrage derselben Abg. an den Landeshauptmann wegen Beschlagnahme der Nummer 68 der Zeitung "Das Kleine Blatt" vom 9. März 1933.

Präsident Dr. Neubauer teilt sodann mit, dass sich der Landeshauptmann zum Worte gemeldet habe.

Landeshauptmann Seitz: Ich habe den Präsidenten des Wiener Landtages gebeten, diese Sitzung einzuberufen, weil ich glaube, dass die wirtschaftlichen und politischen Zustände in der Stadt einen höchst bedrohlichen Charakter angenommen haben, weil ich glaube, dass die Erregung, die alle Volkskreise erfasst hat, einer eingehenden Betrachtung bedarf und dass der Landtag von Wien dazu nicht schweigen kann. Ich habe diese Sitzung zweitens erbeten, weil ich gestern einen Akt gegenüber der Bundesregierung gesetzt habe, den ich sofort dem Landtag unterbreiten werde, damit er entscheide, ob er mit meinem Vorgange einverstanden ist oder nicht.

Das Land Wien hat innerhalb des Bundes der Alpenländer eine ganz eigenartige Stellung. Als die Alpenländer im November 1918 vor der Tatsache standen, dass das alte Oesterreich zerfallen war und dass nunmehr sie allein von diesem grossen Staats- und Wirtschaftsgebilde zurückgeblieben seien, da fassten die einzelnen Länder, die unabhängigen, freien Länder, den Beschluss, sich zu einem Bund zusammenzuschliessen zur Vertretung ihrer gemeinsamen wirtschaftlichen kulturellen und politischen Interessen, sie beschlossen, den Bund Oesterreich zu gründen. Für Wien war das durchaus nicht leicht ..Denn Wien ist ja nicht nur eine Stadt Oesterreichs, insbesondere nicht nur eine Stadt der Alpenländer, sondern eine grosse Weltstadt, ein Stapelplatz des internationalen Handels, ein Zentrum der osteuropäischen Wirtschaft.

Es war nun die grosse Frage zu lösen, wie man zwei Aufgaben gerecht werden kann, einestheils den Aufgaben einer so grossen internationalen Weltstadt und andererseits der Hauptstadt eines kleinen Staates. Wir haben alle diese Schwierigkeiten überwunden. Die Länder sind zusammengetreten. Wir haben den Bund gegründet und er hat sich im Laufe der fünfzehn Jahre als bestandfähig erwiesen, gewiss nicht ohne schwere Opfer Wiens, nicht ohne schwere Opfer aller Wirtschaftskreise Wiens. Ich wünsche da zunächst gar nicht zu reden von dem Opfer,

der Abgabenteilung, von der Warenumsatzsteuer, von der Eigenart der Wiener Biersteuer, die hier eingehoben wird, damit ihr Ertrag sofort an die Länder überwiesen werde; ich wünsche nicht zu reden von den schweren Belastungen, die manchem speziellen Gewerbezug zugemutet worden sind wie z.B. dem Fuhrwerks-gewerbe, dem Gastwirtegewerbe und dergleichen, durch die Neugestaltung der Automobil-, der Benzinststeuer, der Nahrungs- und Genussmittelabgabe. Weit grössere Opfer hat das Wirtschaftsleben der Stadt Wien tragen müssen durch Verfügungen auf dem Gebiete der Handelspolitik, weit mehr hat die Stadt

RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

gelitten durch eine handelspolitische Gesetzgebung und durch Handelsverträge, die unseren Export schwer schädigen. Alle diese Kontingent-

verträge mit ihren Einfuhrverboten, schwere Schädigungen der Industrie, des Gewerbes, des Handels, die Devisenvorschriften, die den Export beinahe unmöglich gemacht haben, all das musste ^{Noch dazu in der Zeit} getragen werden

einer ungeheuren Wirtschaftskrise.

Wir haben dafür auch bei den Ländern, mit denen wir einen Bund bilden, Verständnis gefunden, nur

der Bund in der Form, in der er heute regiert wird, er hat wirtschaftlich und politisch absolut versagt.

Zwischenrufe bei den Chr. soz.

Ich rede

nicht als ein Angehöriger einer bestimmten Klasse (Lebh. Zwischenrufe bei den Chr. soz.) Ich bekenne mich zu der Klasse, der ich entstamme. Aber ich spreche hier nicht namens einer Klasse, ich spreche hier nicht namens der Arbeiterschaft und Angestelltenschaft, ^{Sondern} auch für das Gewerbe, den Handel, die Industrie, namens aller Volksschichten (Stürmischer Beifall bei den Soz. dem.-Lebh. Zwischenrufe b. d. Chr. soz.) In einem Augenblick, wo wir in dieser Stadt Hunderttausende Arbeitsloser haben, in einem Augenblick, wo Angestellte zu Zehntausenden zu den Türen gehen, um Arbeit bettelnd, wo die Gewerbetreibenden oft verzweifeln, (lebh. Beifall b. d. Soz. dem.-Anhaltende stürmische Zwischenrufe b. d. Chr. soz.) weil sie nicht bestehen, in einem Augenblick, in dem die Industrie nur mehr aus kaltem Schloten und leeren Büros besteht, in diesem Augenblick, wo auch der Handel immer schwerer leidet, wäre es die Pflicht einer österreichischen Regierung, ihre erste und oberste Pflicht, sich ausschliesslich um die wirtschaftlichen Sorgen dieser Stadt und der Republik zu kümmern. (Stürmischer Beifall b. d. Soz. dem.-anhaltende stürmische Zwischenrufe bei d. Chr. soz.) In einem solchen Augenblick muss die Aufmerksamkeit von aller rein logischen, weltfremden politischen Erörterung abkehren und muss sich ausschliesslich den nüchternen Fragen der Wirtschaft zuwenden. In einer solchen Zeit hätte die Regierung die Pflicht, alle Wirtschaftskreise zusammenzuführen, alle Klassen, alle Stände der Bevölkerung Tag um Tag daran zu mahnen, dass sie ein Ganzes bilden und alles daran setzen, um dieser furchtbar darniederliegenden Wirtschaft aufzuhelfen (Lebh. Beifall b. d. Soz. dem.-andauernde Zwischenrufe bei den Chr. soz.) Was aber sehen wir in der Tat?

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am

Man benützt eine rein formale Frage, eine juristische Frage, nämlich die der Neuwahl eines Parlamentspräsidenten,

um eine Staatskrise heraufzubeschwören.
(Abg.)
Dr. Arnold: Wie ist es dazu gekommen? - Lebh. andauernde Zwischenrufe)

Das geschieht in dieser schweren Stunde, in einer Zeit, da Hunderttausenden hungern-
den Arbeitslosen die Aussteuerung droht
(stürmische Pfuirufe bei d. Soz. dem.) anhaltende Zwischenrufe b. d. Chr. soz).
, ein Spiel mit Worten, ein Spiel mit Paragraphen, wo der lebendige Mensch
schreit, dass ihm Hilfe, dass ihm Rettung werde (Anhaltende
Zwischenrufe). Man hat vor 3 Jahren

nach langen schweren Beratungen und Verhandlungen
das Notrecht des Staates kodifiziert; man hat nach langen Beratungen im
Jahre 1929 eine Verfassung zu Wege gebracht, die ganz genau besagt, was
in dem Falle zu geschehen hat, wenn das Parlament nicht in der Lage ist,
ein sofort notwendiges Gesetz zu beschliessen (anhaltende Zwischenrufe bei
d. Chr. soz.) Man hat das Notrecht des Präsidenten der Republik über Antrag
der Regierung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuss festgestellt. (Anhaltende
Zwischenrufe bei d. Chr. soz.-Abg. Dr. Arnold beginnt aus einer vor ihm
liegenden Druckschrift vorzulesen.

Präs. Dr. Neubauer : Herr Dr. Arnold Sie haben nicht das Wort (Abg.
Dr. Arnold liest weiter) Ich erinnere Sie ein zweitesmal daran, Herr Abg.
Dr. Arnold, dass Sie nicht das Wort haben (Dr. Arnold setzt die Verlesung
fort).

Bgm. Seitz: Ich bitte Sie, meine Freunde, sich durch Bülboroion
nicht in Erregung bringen zu lassen (Stürmische Zustimmung b. d. Soz. dem.-
anhaltende Zwischenrufe b. d. Chr. soz.-Abg. Dr. Arnold liest weiter) Ich bin
ein Ungläubiger. Aber ich habe vor jedem Stand Respekt, auch vor der Würde
des geistlichen Standes. Das Benehmen des Herrn Dr. Arnold jedoch ist unter
der Würde des geistlichen Standes (Stürmischer Beifall b. d. Soz. dem.)-
anhaltende Zwischenrufe.- Abg. Dr. Arnold liest weiter) Hören Sie! so betet

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am

er auch sein Vaterunser. So verhält er sich auch am Altar. Genau so murmelt er auch am Altar wie hier im Gemeinderat (Anhaltende Zwischenrufe)

Heute, nachdem man dieses Notrecht des Staates in der Verfassung verankert hat und jeder Mensch weiss, wie es zu gebrauchen ist, und

dass jedes andere ein Notrecht enthaltene Gesetz durch dieses neue Verfassungsgesetz derogiert ist, in dem Augenblick gräbt man ein Kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz aus, das bisher dazu benützt wurde - im Kriege - um die Fragen der Brot-, der Mehl- und Milchkarten zu erledigen, um Pächterschutzverträge zu regeln und dergleichen; ein Gesetz, das sich ausdrücklich als ein wirtschaftspolitisches Gesetz kennzeichnet

zu sagen: Bundespräsident,

Dein ~~Notrecht~~ hat gar keine Bedeutung, das Notrecht des Staates wird ausgeübt durch den einzelnen Minister und ausschliesslich so, wie er es für richtig hält und weder Bundespräsident noch Parlament haben bei Ausübung dieses Rechtes irgendein Wort zu reden.

lol

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. B.

Wien, am

Und das will man ernsthaft als die Rechtslage in der Republik darstellen!
Ich frage Sie, meine Herren, wozu haben wir eine sogenannte Präsidial=
verfassung gemacht, wozu hat man die Wahl des Bundespräsidenten durch das
Volk statuiert, ihn also mit der höchsten Autorität, dem Volkswillen, ausge=
stattet, wozu leistet ein Bundespräsident noch eine Angelobung, wozu kann
ein Bundespräsident überhaupt noch sein, wenn neben ihm und neben seinen
Rechte, Verfügungen zu treffen, jeder einzelne Minister machen kann, was
er will ,

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten) (Abg. Dr. Arnold (chr. soz.)
setzt seine Verlesung fort.) Schon wieder
der Herr Dr. Arnold! Hoffentlich ist er schon beim Evangelium! (Zwischenruhe
bei den Sozialdemokraten) Lassen Sie ihn, er hat ja ein Gebetbuch, er liest
doch über die christliche Nächstenliebe! [Heiterkeit und Zustimmung bei den
Sozialdemokraten)

Auf Grund eines Wirtschaftsgesetzes erlaubt sich nun ein Minister
rein politische Verfügungen zu erlassen. Aber während ich das sage, ist ja
das Wort nicht mehr wahr, denn der Minister des Innern trifft ja gar nicht
diese Verordnungen, sondern er hat ihm nachgeordnetes Organ damit be=
traut. Und während die Verfassung im Artikel 103 ausdrücklich vorschreibt,
dass zur Erlassung von Weisungen ausschliesslich die Bundesregierung und
die einzelnen Minister in ihrem Ressort berechtigt sind, kommt ein sogenann=
ter Staatssekretär und erlässt Weisungen gegen die Verfassung, gegen das
Gesetz.

Und nun will man mit Hilfe solcher Verordnungen dem Bür=
ger das Wort nehmen in der Versammlung, will man dem Bürger das Wort nehmen
in der Presse, will man aus der Zeitung herausreissen das Wort und die Let=
tern, will man die Presse nicht unter eine Zensur nur, die nach der Verfas=
sung absolut ausgeschlossen ist, nein, unter eine Vorzensur stellen (Pfiui
Rufe bei den Sozialdemokraten), sodass die einzelnen Zeitungen zwei Stunden
vorher zu irgend einem Büttel gehen sollen, um zu fragen, ob das Wort,
das sie pflichtgemäss zu äussern haben, von einer hohen Regierung genehmigt
wird oder nicht, (Neuerliche Pfiui! Rufe bei den Sozialdemokraten) und alles
das ohne Recht und ohne Gesetz.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am

Ich habe diese Weisung zurückgewickelt, nicht nur aus Gründen des Rechtes, sondern weil dieser Erlass ein Verbrechen gegen die gesamte Wirtschaft der Stadt und des Staates ist. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Man sagt, der Nationalrat habe versagt. Und doch ist die Regierung nicht in der Lage, irgend eine Vorlage zu nehmen, die sie ernsthaft angestrebt hat und die der Nationalrat nicht erledigt hätte. Man hat das in den schwersten Stunden der Wirtschaft Oesterreichs getan. Man hat sogar

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

F. L.
Ermächtigungsgesetze gemacht, weil man erkannt hat, dass es unter Umständen notwendig sein kann, auf Grund eines Ermächtigungsgesetzes rasch eine Verfügung zu treffen. Erst in dem Augenblick, ^{als} die Regierung ein solches Ermächtigungsgesetz, jenes über die Credit-Anstalt, in der gröblichsten Weise missbraucht und dadurch ungeheures Unglück über den Staat heraufbeschworen hat, indem sie ihn mit Verpflichtungen belastet hat, die für das Volk einfach unerträglich sind (Zustimmung bei den Sozialdemokraten) erst in diesem Augenblick hat man Ermächtigungsgesetzen ^{gegenüber} Bedenken gefasst.

Trotzdem sind handelspolitische und auch andere Ermächtigungsgesetze erlassen worden.

Man sagt uns, die Verfassung sei überhaupt nicht haltbar, man bedürfe eines Ständerates. Tatsächlich ist dieser Ständerat in der Verfassung vom Jahre 1929 vorgesehen. Die Regierung hat es aber in den drei Jahren noch nicht der Mühe wert gefunden, auch nur eine Vorlage über diesen Ständerat dem Parlament zu unterbreiten. Heute lässt sie aber durch ihre Emissäre verkünden, die Verfassung sei nicht durchgeführt, man habe nicht einmal noch den in der Verfassung vorgesehenen Ständerat. Ja hätten vielleicht die Staatsbürger selbst diese Gesetzentwürfe ausarbeiten und dem Parlament vorlegen sollen? Die Regierungen ^{parteien haben} nicht einen Schritt getan, um irgend eine Schwierigkeit aus der Welt zu schaffen, um irgend etwas an den Dingen zu ändern. Und jetzt, nachdem sich ^{ihre} ganze Unfähigkeit erweist, folgt das, was psychologisch immer begreiflich ist; mit der Unfähigkeit paart sich die Brutalität. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokr.)
Dem steht die Regierung ^{hilfslos gegenüber, und zwar}

vor allem deshalb, weil sie aus so heterogenen Elementen besteht, dass sie niemals zu einer einheitlichen Auffassung kommen kann, weil in dieser Regierung vereinigt sind Demokraten mit Faschisten, Reaktionäre mit solchen, die sich ein fortschrittliches Mäntelchen umhängen, Leute, die das Parlament als eine Quatschbude bezeichnen, Leute, die das Parlament als den Inbegriff der Autorität des Staates bezeichnen, Leute, die in Korneuburg einen Schwur gegen die Verfassung leisteten, Leute, die am anderen Tag wieder einen Schwur auf die Verfassung leisteten, so heterogene, einander widersprechende Elemente, dass je nach der Stimmung und je nachdem der eine oder andere ^{oben} schwimmt.
andere ^{Entscheidungen} getroffen werden. Jede Richtlinie fehlt.

Es fehlt die Autorität, sagen sie.

... Stelle, die ...
...
Aber ^{Autorität} ist
begründet auf Weisheit, auf Verstand, auf Vernunft, auf der

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien, am

kraft der Ueberzeugung, auf der Hoffnung der Massen, dass diese Kraft sie zu einem entsprechenden Ziele führt.

Wer diese Ueberzeugung in den Massen weckt, der bekommt auch die Stimmen der Massen, der hat auch die Autorität. Und wenn man gerade in den der Bundesregierung nahestehenden Kreisen gegenüber den Landesregierungen immer wieder sagt, es müsse die Autorität der Bundesregierung hergestellt werden, so können die Länder die hohe Bundesregierung nur einladen, sich diese Autorität durch ihre Handlungen zu schaffen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten) Aber wie steht es damit? Wir haben ja erst unlängst Wahlen gehabt = ich wünsche nur von Wien zu sprechen = und bei diesen Wahlen haben die Parteien, die diese Bundesregierung bilden, ^{in unserem Lande} 19 % der abgegebenen Stimmen bekommen. (Lebhafte Hört! Rufe bei den Sozialdemokr.)

Und das will Autorität sein? In den Ländern ist es nicht viel besser. Tatsache ist, dass diese Regierung in diesem Parlament überhaupt keine Majorität mehr hat, sondern schwankende Abstimmungen von einer Stimme plus und einer Stimme minus auf Grund einer längst verflissenen Wahl und dass die inzwischen vorgenommenen Wahlen im Landtage und Gemeinden erwiesen haben, dass die heutigen Regierungsparteien in ganz Oesterreich längst die Majorität verloren haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokr.)

Und wenn nun Gewerbetreibende die Novellierung der Gewerbeordnung fordern, wenn Industrielle die Aufhebung der Kontingent-Beschränkungen verlangen, wenn der Kaufmann kommt und seine Bedenken gegen die Devisenverordnungen erhebt, wenn dem Beamten bange wird um die Sicherheit der Existenz, weil das Recht des Beamten, seine Rechtsverhältnisse im gegenseitigen Einvernehmen zu regeln, durchbrochen wird durch einseitige Verfügung des Unternehmers bei den Bundesbahnen, wenn der Angestellte besorgt sieht, was ihn und seinen Verträgen, auf denen seine Existenz basiert, droht, in dem Augenblick wo der Arbeiter um seinen Arbeitsplatz zittert, ja Gefahr laufen, hunderttausende Arbeitslose Not und Elend leiden, dass sie auch aus der Arbeitslosenunterstützung ^{zu} gesteuert werden und dass ihnen zum Schluss überhaupt kein Bissen Brot mehr übrig bleibt, in einem Augenblick, wo hunderttausende verzweifelte Menschen in dieser Stadt ohne jede Hoffnung sind und nach der wirtschaftlichen Arbeit der Regierung rufen, in diesem Augenblick weiss ihnen die Regierung nichts anderes zu bieten als Versammlungsverbote und Presseknobelung. (Pfui Rufe bei den Sozialdemokraten) (Abg. Dr. Arnold (christl. soz.) verliest weiter einen Zeitungsartikel.

Präsident Dr. Neubaue r :

Herr Abg. Arnold, ich werde mich gezwungen sehen, Sie zur Ordnung zu rufen,

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IX. Blatt

Wien, am

wenn Sie den Mahnungen des Präsidenten nicht Folge leisten. (Abg. Jen-
schik (soz. dem.): Sie kommen deswegen auch nicht in den Himmel, Herr Dr.
Arnold. = Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Landeshauptmann S e i t z :

Ich habe die Pflicht, von dieser verantwortlichen Stelle
aus ein ganzx ernstes Wort der Mahnung an die Regierung zu richten:

es ist uner-
träglich, dass man verzweifelten Massen, denen man nicht das Stück Brot
zu bieten vermag auch die letzte

Hoffnung nimmt, ja nur die Möglichkeit über ihre Lage zu reden,

dass man ihnen das Wort in der Versammlung und
das Wort in der Presse verbietet. (Pfui! Rufe bei den Sozialdemokraten)
Es waren für heute eine grosse Zahl von Vereinsversammlungen in Wien einbe-
rufen. Diese Vereinsversammlungen unterliegen nicht der vorzitierten

Fey-Weisung, die sich ausdrücklich nur auf das Verbot der Versamm-
lungen auf Grund des § 6 des Versammlungsgesetzes bezieht. Nachdem nun Ver-
einsversammlungen einberufen worden sind, hat die Regierung die Polizei
angewiesen, auch die Vereinsversammlungen unmöglich zu machen. (Lebhafte
Pfui! Rufe bei den Sozialdemokr.) Dazu ist in den Gesetzen absolut keine
Handhabe gegeben, denn Vereinsversammlungen können nach dem geltenden Ver-
einsgesetz nur geschlossen werden, wenn sich gesetzwidrige Vorfälle ereignen,
einsgesetz nur geschlossen werden, wenn ein Vorverbot.

einer Vereinsversammlung kennt das Gesetz überhaupt
nicht. Nichtsdestoweniger hat die Regierung die Polizei beauftragt, diese
Vereinsversammlungen nicht etwa, wenn sie stattfinden, zu schliessen, son-
dern sie überhaupt unmöglich zu machen. Und weil man nun mit Recht befürch-
ten muss, dass jederStaatsbürger, der von einem solchen Verbot betroffen
wird, einen Rekurs an den Landeshauptmann richten wird, habe ich knapp
vor Eintritt in den Saal eine Zuschrift bekommen, die nun nicht mehr vom
Herrn Fey unterfertigt ist - so weit haben die Herren schon Verfassungs-
kunde gelernt, soweit habe ich es ihnen schon verständlich gemacht =
sondern von dem zuständigen Minister des Innern, dem Bundeskanzler Dr.
Dollfuss, der nach der Verfassung berechtigt ist, Weisungen zu erteilen.
Damit Sie sehen, hoher Landtag, wie man hier Gesetz und Recht mit Füssen
tritt, bringe ich Ihnen den Erlass zur Verlesung. Er lautet: "In Befolgung
des normativen Rundschreibens vom 7. März 1933" = das ist die Fey-Weisung,
die sich auf Versammlungen bezieht = untersagt die Bundespolizeidirektion
in Wien eine Reihe von für heute von den Sozialdemokratischen Wählerverei-
nen Wiens einberufen Versammlungen auf Grund des § 6 des Versammlungs-
gesetzes" (Hört! Hört! Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

X. Blatt

Wien, am

Nach der Verfassung haben die Bürger das Recht, Versammlungen zu halten und Vereine zu bilden, Das nähere bestimmen die einzelnen Teilgesetze. Nun haben wir ein Versammlungsgesetz und ein Vereinsgesetz.

Abg. Dr. Arnold liest inzwischen ununterbrochen weiter vor, worauf ihm Präsident Dr. Neubauer zur Ordnung ruft

Bgm. Seitz: Nur der Regierung Dollfuss war es vorbehalten, Bestimmungen des ^{Versammlungs-}gesetzes

auf Vereinsversammlungen anzuwenden.

Abg. Dr. Arnold setzt seine Verlesung fort worauf ihm Präs. Dr. Neubauer zum zweitenmal den Ordnungsruf erteilt.

Bgm. Seitz: Ich weiss nicht, warum sich der Herr Präsident bemüht. Ich habe es längst aufgegeben, diesem Mann Manieren beizubringen. (Heiterkeit und Beifall b.d. Soz. dem.) Wenn es nicht einmal seinen Standesgenossen gelingt, ihm die Würde für seinen Stand beizubringen, wie soll es da uns Ungläubigen gelingen? (Erneuerte Heiterkeit und Beifall b.d. Soz. dem. - Zwischenrufe b.d. Chr. soz.) Die Regierung geht aber noch weiter. Der Bürger, dem man ein Recht versagt, hat das Recht, an die nächste Stelle zu rekurrieren. Er kam vom Landeshauptmann verlangen, dass er **im Rekursweg** so entscheidet, wie es ^{dem Gesetz und} seiner Pflicht

entspricht. Die Regierung aber sagt: Nein! Die zweite Instanz wird dem Staatsbürger einfach konfisziert (Lebh. Hört Hörtrufe b.d. Soz. dem.) Der Bundeskanzler Dollfuss sagt dem Landeshauptmann in dem Erlass: "Unter Hinweis auf die Begründung der -für das Deutsch bitte ich um Entschuldigung!-" bezüglichen Untersagungsbescheide (Heiterkeit b.d. Soz. dem.) erteile ich hiemit gemäss Artikel 103 des Bundesverfassungsgesetzes die Weisung, allfällig dagegen erhobene Berufungen in zweiter Instanz abzuweisen und die angefochtenen Entscheide **völlinhaltlich zu bestätigen.**" (Entrüstungsrufe b.d. Soz. dem. - Lachen b.d. Chr. soz.) Sie lachen. Nun, jeder Mensch lacht darüber. Stellen Sie sich vor, jemand würde einem Oberlandesgericht Vorschriften machen, wie es als Rekursinstanz zu entscheiden hat.

Und immer beginnen die grossen Verfassungsbrüche mit derartigen juristischen Dummheiten (Zustimmung b.d. Soz. dem.) Noch jeder Verbrecher gegen die Verfassung hat seine Verfassungsbrüche mit derartigen Formalitäten begonnen (Lebh. Beifall b.d. Soz. dem.) Wenn heute der Bürger und vor allem der ^{Arbeiter} in diesem Staate noch Rechte hat, wenn es hier noch eine sozialpolitische Gesetzgebung gibt, vom Achtstundentagsgesetz bis zu den Sozialversicherungsgesetzen, wenn jeman hier noch glaubt, seine materielle Existenz in einem Rechtsstaate gesichert zu haben, dann kann man nur laut und vernehmlich sagen, dass jede materielle Existenz nur auf der Existenz des Rechtes im Staate begründet ist und dass mit der Beseitigung des Rechtes des Bürgers auch seine wirtschaftliche Existenz untergraben ist. (Zustimmung b.d. Soz. dem.)

Ich glaube aber nicht, dass es jemals möglich sein wird, in Oesterreich und insbesondere im Lande Wien die Rechte des Volkes und damit seine Lebensexistenz in irgendeiner Form zu vernichten (Lebh.

Beifall b.d. Soz. dem.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

XI.
7. L.
Heute ist die Arbeiter-Zeitung so, als lebten wir mitten im Kriege mit einem weissen Fleck erschienen, Dieser Fleck ist eine schande (Lebh. Beifall b.d. Soz. dem.) an die finstersten Zeiten des Krieges erinnert.

Sie können heute in der Reichspost, die der Partei des Herrn Dollfuss gehört, Sätze lesen, die wortwörtlich auch in der Arbeiter-Zeitung gestanden sind, hier aber konfisziert wurden und dort geblieben sind. (Stürmische Pfuirufe b.d. Soz. dem.) Dieser autoritären Regierung beliebt es also, einen und denselben Satz in einer Zeitung zu belassen und in einer anderen zu konfiszieren und ihr dadurch einen schweren wirtschaftlichen Schaden zuzufügen. Die Arbeiter-Zeitung wird auch diesen Konkurrenzkampf mit der Reichspost überstehen (Lebh. Beifall b.d. Soz. dem.) Ich glaube aber, dass es dem allgemeinen Wirtschaftsleben in der Stadt nicht angemessen ist, derartige Grundsätze des unreellen Wettbewerbes in das öffentliche Leben einzuführen (Beifall b.d. Soz. dem.)

Diese Verordnungen sehen auch Strafen für Beleidigungen von Regierungen oder ihren Organen vor. Wenn also eine Landesregierung oder eines ihrer Organe, wenn die Bundesregierung oder ein Minister in der Presse beleidigt wird, kann das mit einer Freiheitsstrafe bis zu 3 Monaten gesühnt werden. Ueber dieses Delikt judiziert aber nicht ein Gericht, sondern die Polizei (Lebh. Hörtrufe b.d. Soz. dem.) Jetzt haben wir den famosen Zustand, dass z. B. Herr Dollfuss seiner Polizei die Weisung gibt, sie möge jemanden verurteilen, weil er ihn angeblich beleidigt hat. Die Polizei muss dieser Weisung folgen und ein Rechtsspruch wird auf Grund der Anordnung einer Regierung, nicht auf Grund richterlicher Entscheidung gefällt. Wenn die Verurteilung unter 14 Tagen erfolgt, gibt es dagegen überhaupt keinen Rekurs. Wenn bei uns im Verwaltungsverfahren ein Mensch eine Warnung der Verwaltungsbehörde bekommt, kann er durch 3 Instanzen rekurieren. Wenn er aber eine Beleidigung gegen irgendein Mitglied einer Landesregierung oder der Bundesregierung begeht, kann er eine Freiheitsstrafe bis zu 14 Tagen erleiden ohne überhaupt irgendein Rekursrecht zu haben (Stürmische Entrüstungsrufen b.d. Soz. dem.) Bekommt er eine Freiheitsstrafe von mehr als 14 Tagen, so kann er noch immer nicht zu einem Richter gehen, sondern muss sich an denselben Menschen wenden, der die Anordnung getroffen hat.

Wenn ich mich also von irgendjemandem beleidigt fühle, könnte ich als Landshauptmann der Polizei die Weisung geben, den Mann zu strafen, und wenn die Polizei ihn zu 14 Wochen Arrest verurteilt hat, kann er einen Rekurs an mich, an den Beleidigten, machen, (Zwischenrufe b.d. Chr. sozn). Von einer Sicherung der Unbefangenheit des Richters oder des Entscheidenden ist keine Rede. Wenn so etwas möglich ist, kann man nicht mehr von einem Rechtsstaate reden

und dann laufen wir in diesem Staate die höchste Gefahr. Hier handelt es sich um das Ganze und weder ein Proletarier noch ein Unternehmer noch ein Angestellter wird hier Wirtschaft von Recht und Recht von Wirtschaft unterscheiden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XII. Blatt

Wien, am

Das ist eine Einheit und deshalb sagen wir mit allem Nachdruck in Verteidigung der Freiheiten und der Gerechtsame des Wiener Bürgertums: Hände weg, ^{von dieser Verfassung!} Das freie Land Wien wird sich nicht knechten lassen! (Lebh. Beifall b. d. Soz. dem.) Dieses Wien ist eine Stadt alter deutscher Kultur, in der das Bürgertum und alle Bevölkerungsklassen für die Freiheit der Versammlungen, der Vereine und der Presse gekämpft haben.

Er ^{erhebt} Dr. Neubauer erteilt dem Abg. Dr. Arnold, der ununterbrochen weiter vorliest, ^{nachdem} den Ordnungsruf.

Bgm. Seitz In dieser Stadt hat man alle Verfassungskämpfe von 1848 bis 1867, ^{und} 1918 und so weiter ausgetragen. In dieser Stadt lebt die Tradition, die mit dem Empfinden und Denken jedes ganz laien Bürgers verflochten ist, die Tradition von der Pflicht, sein Recht zu verteidigen. Und wenn eine Regierung mit Gewalt Rechte des Volkes beseitigen will, muss sie gewarnt werden, weil aus einem solchen Rechtsbruch unabsehbare Gefahren erwachsen. ^(Lebh. Beifall b. d. Chr. soz.) Deshalb sage ich hier, nicht als Parteipolitiker, sondern als Bürgermeister dieser Stadt, als ihr Landeshauptmann: Die Stadt Wien ist keine Stadt der Kulis, keine Stadt der Sklaven, sondern die Stätte eines alten Kulturvolkes, das seine Rechte verteidigen ^{will} ^{und} ^{es} ^{wird}, dass diese Rechte von irgend-
em ^{niem} ^{verletzt} ^{werden}. Noch ist es Zeit: noch sind wir nicht hineingeschlittert und noch sind die Bürger und die Behörden in Ruhe. Eine kleine Gruppe von Menschen in dieser Stadt maast sich an diese Ruhe zu durchbrechen. ^{der} ^{Abg.} ^{Wehe} ^{der} ^{Stadt}, wenn sie ⁱⁿ ^{die} ^{Gefahr} ^{kommt}, die unabsehbar ^{ist}. Wir wollen hier nicht einen Trümmerhaufen der Wirtschaft und des Rechtes, von ^{dem} die Wiener als Bettler in die Länder hinausziehen können; sondern wir wollen, dass diese Stadt die furchtbare Zeit dieser Krise und Wirtschaftsnot überwinde und sich wieder emporhebe zu neuer Wirtschaft und ^{zu} ^{neuer} ^{Kultur}. Deshalb sagen wir: weg mit dem Verfassungsbruch! ^{ist} ^{der} ^{Bruch} ^{der} ^{Verfassung}! Wiederherstellung der Freiheiten und Gerechtsame dieser Stadt! Das Volk von Wien wird zur Verfassung der Republik stehen, unbeugsam und hart gegen jedermann, der sie antastet. (Stürmischer langanhaltender Beifall b. d. Soz. dem.) Rufe: Hoch die Freiheit! - Lebh. Zwischenrufe b. d. Chr. soz.)

Präsident Dr. Neubauer: Während der Rede des Herrn Landeshauptmannes ist folgender Antrag der Abg. Nachtnebel und Genossen eingebracht worden:

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIII. Blatt

Wien, am

Antrag der Abgeordneten Nachtnebel, Leopoldine Glöckel, Thaller und Genossen.

Der Landtag wolle beschliessen:

- 1.) Der Wiener Landtag erhebt schärfsten Einspruch dagegen, dass die Bundesregierung in der Zeit schwerster wirtschaftlicher Not, in der alle Kräfte darauf konzentriert werden müssten, den Arbeitslosen Arbeit, den Gewerbetreibenden und der Industrie Absatz, den Opfern der Wirtschaftskrise Hilfe zu schaffen, leichtfertig und mütwillig einen schweren Verfassungsbruch heraufbeschwört und dadurch den Bürgerfrieden und die Volkswirtschaft in ernste Gefahren stützt.
- 2.) Der Landtag fordert die unverzügliche Wiederherstellung des verfassungsmässigen Zustandes im Bunde. Er warnt eindringlich davor, formale Vorwände zu missbrauchen, um die Wiederherstellung der verfassungsmässigen Stellung des Nationalrates zu hindern.
- 3.) Der Landtag protestiert gegen die verfassungswidrigen Angriffe der Bundesregierung auf die Freiheitsrechte, die die Verfassung allen Staatsbürgern verbürgt. Er fordert die Aufhebung des verfassungswidrigen Versammlungsverbotes und die Aufhebung der verfassungswidrigen Verordnung über die Knebelung der Presse.
- 4.) Der Landtag fordert den Landeshauptmann und die Landesregierung auf, alles, was in ihrer Macht ist, zu tun, um die Wiederherstellung des verfassungsmässigen Zustandes zu erwirken, und dadurch den Ausbruch schwerer Verfassungskämpfe, die den Frieden und die Wirtschaft Wiens bedrohen, zu verhüten.
- 5.) Der Landtag erwartet, dass alle Organe des Landes der Verfassung des Bundes und der Verfassung des Landes Wien, auf die sie ihr Gelöb- nis geleistet haben, Treue wahren und dass sie daher jeder Weisung zu verfassungswidrigen Handlungen den Gehorsam verweigern. Der Landtag begrüsst und billigt daher, dass der Landeshauptmann die verfassungswidrige Weisung des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen abgelehnt hat. Das Volk von Wien wird sich im Kampf für Verfassung und Recht um seinen Landeshauptmann scha ren.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIV. Blatt

Wien, am

(Lebh. Beifall b. d. Soz. dem.)

Auf Antrag des Abg. Frauenfeld (nat. soz.) wird beschlossen, über die Erklärung des Bürgermeisters Seitz die Debatte zu eröffnen.

Abg. Frauenfeld: Geehrter Landtag und Sie Putschisten im Taschenformat! (Lachen b. d. Chr. soz.-Abg. Stöger: Die neue Koalition! Pfui Teufel!) Während sich draussen im Reich und im übrigen Europa Ereignisse von grösster Bedeutung abgespielt haben, erleben wir hier Dinge, die gleichzeitig lächerlich und grötesk sind. Ich weiss nicht, ob diese Dinge, die uns in den letzten beiden Tagen von der Regierung Dollfuss beschert wurden, den Landtag beschäftigen sollen oder ob nicht besser der Professor Wagner Jauregg damit zu befassen wäre. (Beifall b. d. N. S.) Wir haben es wiederholt erlebt, dass Putsche aus Kraftgefühl vorgekommen sind. Jetzt haben wir einmal einen Putsch aus Schwäche erleben können; aus dem Gefühl heraus, dass niemand mehr hinter ihnen steht, haben sich die Christlich-sozialen mit dem Heimwehren, hinter denen auch niemand mehr steht, verbündet, um sich gemeinsam krampfhaft an dem Platze festzuhalten, der ihnen im Falle von Neuwahlen niemals mehr zukommen würde. Was sich in den letzten Tagen hier herauskristalisiert hat, ist ein politisches Siebenmonatskind, das körperlich seinem Vater Dollfuss recht ähnlich sieht (Heiterkeit b. d. N. S.) und daher wohl nur eine ziemlich kurze Lebensdauer haben dürfte. (Lebh. Zwischenrufe b. d. Chr. soz.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

XV. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 9. März 1933.

Die ganze Flut von Massnahmen, die getroffen worden sind, erklärt sich in erster Linie aus der Angst vor Neuwahlen, die ausgeschrieben werden könnten. Dazu gesellt sich der panische Schrecken, der Ihnen in die Glieder gefahren ist, wie Sie das Resultat vom 5. März in Deutschland erfahren und den Versammlungsturm vom 6. März gesehen haben. (Lachen und Zwischenrufe bei den Christl. soz.) Die Christlichsoziale Partei ist in diesem Fall die gefangene des fürstlichen Provisionsagenten, des Juden Mandl, gewesen. (Lebhafter Beifall bei den Nationalsoz. = Lachen bei den Christl. soz.) Diese Tatsache wirkt geradezu erheiternd. Kann man sich etwas komischeres vorstellen als den Herrn Kunschak als Putschisten? Es wäre nun naheliegend, dass irgend jemand aufstehen und aus seinen geringen geistigen Mitteln heraus die Feststellung machen könnte, wie gerade ein Nationalsozialist solche Dinge einer Kritik unterziehen kann, mit der Begründung, Adolf Hitler hätte in Deutschland etwas ganz ähnliches gemacht. Darauf kann ich nur erwidern: Quod licet Jovi, non licet bovi, was heisst: Was Hitler erlaubt ist, ist nicht Herrn Dollfuss erlaubt. Bei der Wahl vom 24. April des verflossenen Jahres hat man ja nichts mehr von einer Heimwehr gesehen, die sich jetzt in dem Kabinett so patzig und gross macht, und nichts mehr von denen, die heute behaupten, sie wären imstande, im Staate Ruhe und Ordnung herzustellen, mit ihren Massnahmen aber nur Unruhe und Unordnung in die Bevölkerung tragen. Man hat es schon oft erlebt, dass ein Teil der Bevölkerung gestützt auf seine Kraft und im guten Glauben einen anderen Teil der Bevölkerung unter Druck gesetzt hat. Man hat aber noch nicht erlebt, dass eine Regierung, die niemanden hinter sich hat, sich gegen die ganze Bevölkerung wendet. (Beifall bei den Nationalsozialisten = Zwischenrufe bei den Christlichsozialen.) Wenn heute gewählt würde, sässe von Ihnen niemand hier und auch nicht im Nationalrat. (Lachen und Zwischenrufe bei den Christlichsozialen.) Ausserdem sind die getroffenen Massnahmen von einer ausserordentlichen Tücke und kleinlichen Gehässigkeit. Da verhängt man z.B. Verwaltungsstrafen, gegen die es einen Rekurs nicht gibt. Wir empfinden diese Massnahmen als 100%ig gegen den Nationalsozialismus gerichtet. Diese Massnahmen sind ein Ausfluss der politischen Ereignisse, die sich bisher in Oesterreich abgespielt haben und gegen die man sich jetzt in keiner Weise mehr zur Wehr setzen kann, als indem man den Boden des Gesetzes verlässt. Die Christlichsoziale Partei hat in einem Aktionsprogramm vom Jahre 1919 ausdrücklich erklärt, der alleinige Inhaber der Staatsgewalt sei das Volk, das seine Geschicke teils durch die von ihm gewählten Vertretungskörper, durch die Behörden oder in unmittelbarer Volksabstimmung selbst ausübt. In die Staatsverfassung seien aufzunehmen die Vereins-, Versammlungs- und Pressfreiheit (Hört! Hört! bei den Nationalsoz.) In diesem Programm heisst es auch, die Verhandlungen über den Zeitpunkt und die Vorbedingungen für die Verwirklichung des Anschlusses Deutschösterreichs an Deutschland sind ohne Verzug einzuleiten

RATHAUSKORRESPONDENZ

16. Bogen

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

9. III. 33

(Hört' Hört' bei den Nationalsozialisten.) Was Sie jetzt machen, ist der Dienst von französischen Fremdenlegionären. (Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten. = Stürmische Entrüstungsrufe bei den Christlichsozialen.) Herr Starhemberg, der politische Tippler geht nach Budapest, Rom und Paris um seine Freundschaftsbande zu knüpfen, Herr Winkler fährt zum Tschechen Benesch, um dort seine Fäden zu knüpfen. Was hier geschieht ist vom Standpunkt des deutschen Volkes nackter Volksverrat und das werden Sie zu verantworten haben. (Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten = Lebhaftige Zwischenrufe bei den Christlichsozialen.) Wir erklären hier feierlich und öffentlich, was hier geschieht, entspricht nicht der Verfassung und nicht dem Gesetz. Wir warnen daher jeden, vor allem das Ausland, mit einer solchen Regierung, die den Boden des Gesetzes ver-lassen hat, Verhandlungen zu führen, ... irgendwelche Beträge zur Verfügung zu stellen, weil diejenigen, weil diejenigen, die nach ihnen kommen, ihnen das nicht bestätigen werden. (Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten. = Stürmische Entrüstungsrufe bei den Christlichsozialen und stürmische Rufe bei den Christlichsozialen: Hochverrat! Volksverräter!) Was sich in diesen vorübergehenden illegalen Zustand abspielt, wird niemals die Billigung derer finden, die nach Ihnen kommen. Wenn Sie durchaus dem Volk helfen wollen, warum sträuben Sie sich gegen Neuwahlen? Es ist vielleicht auch etwas anderes, was Sie dazu bewogen hat, derartige Massnahmen zu ergreifen. Wir haben z.B. gehört, dass ein gewisser Regierungsrat Oskar Meindl verhaftet wurde, und wir sind darüber informiert, dass sich diese Angelegenheit zu einem ausgefallenen Sklarez-Skandal ausgewachsen wird, wenn diese Affäre nicht wie schon einmal von den Herrn Buchinger und Winkler wieder niedergeschlagen wird. Es scheint hier die Perlenhalsband-Affäre Popper eine sehr interessante Halsband-affäre zu werden. Darüber hinaus würde es uns sehr interessieren, warum heute bei den Bundesbahnen Kalkulationen angestellt werden müssten für Züge aus Bregenz, Feldkirch, Bludenz usw. nach Wien, bei denen eine 70%ige Ermässigung berechnet wurde für den Transport von 17.000 Mann Heimwehr samt Material. (Lebhaftes Hört' Hört' Rufe bei den Nationalsozialisten.) Interessant ist nicht, wozu man diese 17.000 Mann Heimwehr in Wien haben will, sondern wo man diese 17.000 Mann hernimmt. Wenn überdies das kommerzielle Nachrichtenblatt den § 20 des Wehrgesetzes zitiert über Fahrtermässigungen über vom Urlaub zurückkehrende Wehrleute, so beantwortet sich diese Frage von selbst. Wir können nur darauf hinweisen, dass sich die steirische Heimwehr am 6. März an den nationalsozialistischen Siegesfeiern beteiligt hat, also sichtbar abgerückt ist von Leuten, die ihre Geschäfte von den Herrn Mandl & Kohn aus Brunn und anderen dunklen Elementen besorgen lassen. Die Kopflosigkeit und Hysterie, mit der man hier vorgeht, wird auch dadurch charakterisiert, dass z.B. eine in der Arbeiter-Zeitung konfiszierte Stelle in der Reichspost in demselben Wortlaut enthalten ist ohne konfis-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

17. Bogen

Wien, am 9. 3. 33.

ziert zu werden, oder dass der offene Brief unseres Landesleiters zwar in der Dötz nicht konfisziert wurde, wohl aber im Kampfruf, während er heute im Volkskampf wieder nicht konfisziert wurde. Die Bevölkerung lehnt lehnt jedenfalls derartige faule und minderwertige Experimente mit Nachdruck ab. Die Bevölkerung misstraut der heutigen Regierung. Es muss nicht sehr angenehm sein, auf den Ministersesseln von heute zu sitzen, in deren Gebäcke es so merkbar und sichtbar kracht. Denn mit der Polizei und dem Bundesheer möchte ich nicht Döllfuss heissen und derartige Abenteuer begehen. (Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten. = Stürmische Zwischenrufe bei den Christlichsozialen). Es wird sich jetzt zeigen müssen, ob es dem Landeshauptmann und seiner Partei mit dem, was der Landeshauptmann heute erklärt hat, ernst ist, ob die Sozialdemokratie hier nur ein Scheingefecht gegen die Christlichsozialen geführt hat oder ernstlich den Kampf gegen sie aufnehmen will. Wir können zusehen. Wir haben Zeit. Was soll dem Nationalsozialismus in Oesterreich geschehen mit einem nationalsozialistischen Deutschland hinter sich? Nichts. (Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten.) Im Gegenteil, wir finden aus den Kreisen der Bevölkerung unerhörten Zustrom. Wer steht hinter Ihnen? Die Kirche ist ja sichtlich von Ihnen abgerückt. Wir werden dafür sorgen, dass derartige Abenteuer in entsprechender Form liquidiert werden. Was sich hier abspielt, ist das österreichische Kabinett Schleicher, und was nach Schleicher gekommen ist, das wissen Sie ja. Wir fordern daher sofortige Wiederherstellung eines normalen verfassungsmässigen Zustandes und stellen zu diesem Zweck folgenden Antrag:

RATHAUSKORRESPONDENZ

18. Bogen

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Die Bundesregierung hat in einem Aufruf an " Oesterreichs Volks " Notverordnungen über ein Versammlungs- und Aufmarschverbot, sowie über die Einschränkung der Pressefreiheit angekündigt und diese angekündigten Notverordnungen auch bereits erlassen.

Der christlichsoziale Bundeskanzler Dr. Dollfuß - im Volksmund der " Millimeternich " oder auch der " Luxuszwerg " genannt - hat - unterstützt oder gedrängt von seinen hahnengeschwänzten Freunden Starhemberg und Fey - den Boden der Verfassung verlassen und mimt den Diktator, ohne die Fähigkeiten, die Mittel, die gesetzliche Handhabe oder einen sachlichen Anlass hiefür zu haben.

Wir stellen daher den

A n t r a g

der Landtag wolle beschliessen:

1.) Der Landtag legt gegen das Versammlungs- und Aufmarschverbot, sowie gegen die Einschränkung der Pressefreiheit schärfste Verwahrung ein.

2.) Der Landeshauptmann wird aufgefordert, sofort bei der Bundesregierung gegen die Erlassung des Versammlungs- und Aufmarschverbotes, sowie gegen die Einschränkung der Pressefreiheit Verwahrung einzulegen, da die bezüglichen Verordnungen eine schwere Verletzung der verfassungsmässig gewährleisteten Rechte der Bundesbürger beinhalten.

3.) Der Landeshauptmann wird aufgefordert, bei der Bundesregierung wegen sofortiger Auflösung des Nationalrates und Ausschreibung von Neuwahlen vorstellig zu werden.

4.) Der Landeshauptmann wird aufgefordert, dem Versammlungs- und Aufmarschverbot im Lande Wien die Durchführung zu versagen.

5.) Der Landtag spricht einer Regierung, die sich auf Parteien stützt, hinter denen keine Wähler mehr stehen, das schärfste Misstrauen aus und fordert deren sofortigen Rücktritt.

6.) Der Präsident des Landtages wird aufgefordert, den Landtag neuerlich zu einer Sitzung für Montag, den 13. März 1933 einzuberufen."

Wenn Sie glauben, dass der Nationalsozialismus derartigen Zuständen untätig zusehen wird, werden Sie sich täuschen. Wir werden jedenfalls die Forderung wieder erheben, dass Sie den verfassungsmässigen, den gesetzli-
chen Zustand wieder herzustellen haben und wenn Sie das unterlassen, haben Sie die Folgen auf sich zu nehmen, denn dann werden wir handeln.
(Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Abg. Kunschak bemerkt, er werde auf den letzten Redner in der Weise antworten, wie er glaube, dass es gerechtfertigt sei. Er hat hier zunächst die Beschuldigung vorgebracht, die den Inhalt eines Verbrechens darstellen, ohne auch nur die geringsten Beweise dafür zu er-
einer
bringen. Wer in öffentlichen Körperschaft derartige Anwürfe erhebt, darf

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

19. Bogen

Wien, am 9. März 1933.

nicht wie in einer Volksversammlung sich in Andeutungen ergehen, sondern der hat die konkreten Beweise vorzulegen und die fordere ich von dem Abg. Frauenfeld in der Angelegenheit Meindl, von der er behauptet hat, dass sie aus einer Perlenhalsbandaffäre eine Halsbandaffäre der Regierung Dollfuss werden wird. Im übrigen habe ich nur das Bedürfnis, eines festzustellen. Er hat gemeint, dass er mich nicht als Putschisten vorstellen könne. Er ist damit einmal mit der Wahrheit in Uebereinstimmung geblieben. Abg. Frauenfeld verfügt über eine grosse Phantasie, sie reicht aber nicht dazu aus, um mich als Putschisten darzustellen. Ich lege auch die entschiedenste Verwahrung dagegen ein. Mein ganzes öffentliches Leben war darauf abgestellt, auf dem Weg der Gesetzgebung und aller gesetzlichen Handhaben meinem Volk und meinem Vaterland zu dienen und sonst gar niemandem. (Stürmischer Beifall bei den Christlichsozialen) Im übrigen konstatiere ich, dass der Aufenthalt im Rothschildspital nicht nur physisch sondern auch geistig von Erfolg war. Aus dem Herrn Frauenfeld ist ein Lozelach-Erzähler geworden. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall bei den Christlichsozialen.)

Der Herr Landeshauptmann hat heute mit dem Zeichen der ~~Rx~~ Erregung gegen die Massnahme der Regierung Protest eingelegt und festgestellt, dass alle Bevölkerungskreise Erregung durchzitterte. Ich befinde mich mit ihm in dieser Feststellung in Uebereinstimmung. Nur ist die Erregung eine geteilte. Es gibt Leute, die schmerzlich erregt sind - das ist der Bürgermeister - und es gibt Leute in Wien, die freudig erregt sind. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen) Man muss sich fragen, was denn eigentlich geschehen ist. Die Regierung hat ein Aufmarsch- und Versammlungsverbot erlassen. Das ist eine Handlung, die in den letzten Jahren wiederholt erlassen ist und eine Anordnung, deren Durchführung der Landeshauptmann von Wien wiederholt in der strengsten Weise gehandhabt und beobachtet hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Christlichsozialen.) Es ist also gar nichts Neues, was da geschieht. Nichts Welterschütterndes. (Zwischenrufe) Seine Empörung und Gewissenhaftigkeit kommt viel zu spät und klingt daher nur mehr wie das berühmte Posthorn Münchhausens. Die Regierung hat eine schärfere Handhabung der Presspolizei angeordnet. Auch diese Massnahme geht über das, was die Verfassung vorschreibt und über die Grenzen, die die Verfassung hinsichtlich der Pressfreiheit setzt, nicht hinaus. Wenn der Landeshauptmann festgestellt hat, dass die Presse ihrem ordentlichen Richter entzogen wird, ist das natürlich nicht richtig. Jeder Konfiskation folgt die Verpflichtung der richterlichen Feststellung und der Bestätigung durch die Gerichte und es wird jede Zeitung, die angeklagt ist, wenn sie es notwendig findet, den Weg zum Gericht tun und vor dem ordentlichen Richter wird darüber entschieden, ob der Staatsanwalt im Recht ist oder die Redaktion. An den Funktionen der Gerichte ändert die Verordnung der Regierung nicht das Geringste.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

20. Blatt

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Wie liegen denn die Verhältnisse überhaupt? Es gibt eine Versammlungstätigkeit, mit deren Bestrebungen man durchaus nicht einverstanden zu sein braucht, die man aber doch als im Rahmen einer staatsbürgerlichen Gesinnung liegend betrachten kann, und es gibt Versammlungen, in denen die wütesten Hetzen getrieben werden (Zustimmung b.d. ~~SM~~ C rhs. soz.-Zwischenrufe b.d. N.S.) Angeblich sind ja auch die Nationalsozialisten gegen die Verwilderung des politischen Lebens und gegen die Verhetzung der Bevölkerung. Im deutschen Reich haben sie sich gar nicht geniert, unter voller Ausserachtlassung aller verfassungsmässigen Bestimmungen gegen die Verwilderung des politischen Lebens anzukämpfen. In der Tendenz stimmen wir mit den Nationalsozialisten voll überein, in der Praxis mögen wir uns von ihnen unterscheiden, was von unserem Standpunkt aus sicher nicht als ein Nachteil bezeichnet werden kann.

Wir haben eine Presse in Oesterreich, die von den verschiedensten Weltanschaulichen, von wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten ausgehend ihrer Aufgabe als Führerin und Belehrerin des Volkes nachgeht, und wir haben eine Presse, die in voller Hemmungslosigkeit von nichts anderem lebt als von wüster Reklame- und Sensationsmache und Volksverhetzung. Die Tätigkeit dieser Presse erstreckt sich auf das politische, soziale und kulturelle Gebiet. Die Nationalsozialisten haben sich mit ihren Versammlungen wiederholt als Anwälte der deutschen Kultur vorgestellt mit dem Ziel, der Verlotterung in der Presse im Bezug auf Theater und Kino entgegenzutreten. Wir befinden uns auch da mit ihnen auf der gleichen Linie, aber das Kritisieren der Zustände von heute allein hat gar keinen Sinn, wenn man nicht das Unkraut ausrotten will (Stürmische Zwischenrufe b.d. Spz dem.) Die Regierung hat sich nun entschlossen, zwischen Versammlungsfreiheit und Versammlungsmisbrauch, zwischen Pressfreiheit und Pressfrechheit zu unterscheiden (Lebh. Beifall b.d. Chr. soz.- stürmische Zwischenrufe b.d. Soz. dem.) und weil die Regierung in dieser Hinsicht einen ernstesten Willen zeigt, ~~man hat ihnen~~ stimmt ihr ein grosser Teil der Bevölkerung zu, der ~~man~~ der Ansicht ist, dass Oesterreich und dass vor allem Wien nicht ein freier Tummelplatz von Schurken und Schweinen sein soll (Stürmischer Beifall b.d. Ch. soz.- Anhaltende Zwischenrufe b.d. Soz. dem. Abg. Stöger (C.S.: Wenn gegen Schweinerei geredet wird, fühlen sich die Juden verletzt! Abg. Dr. Friedjung (Soz. dem.): Aber ~~das~~ darüber, dass dem Volks Milliarden gestohlen wurden, fühlen Sie sich nicht verletzt! Bei 400.000 Arbeitslosen!)

Der Herr Landeshauptmann hat den Landtag zur Entscheidung nicht allein in der Frage selbst aufgerufen, sondern auch zur Entscheidung über seinen Konflikt mit der Bundesregierung. Ich kann nur sagen, dass der Herr Landeshauptmann damit dem Landtag eine Handlung zumutet, die als nackter Verfassungsbruch bezeichnet werden kann (Beifall b.d. Ch. soz.) Die Kompetenz des Landtages ist lediglich eine gesetzgeberische und nach der Verfassung steht die Exekutive ausschliesslich der Bundesregierung zu (Zustimmung b.d. Chr. soz.- Zwischenrufe b.d. Soz. dem.) Abg. Papanek (Soz.) Und die Gesetzgebung dem Parlament! Die Bundesregierung übt die Exekutive mit Hilfe ihrer verschiedenen Organe und eines dieser Organe ist der Landeshauptmann in seiner Eigenschaft als Organ in übertragenem Wirkungskreis. In dieser Eigenschaft ist er ein untergeordnetes Organ der Bundesregierung und er hat ein Gelöbnis auf die treue Pflichterfüllung abgelegt (Abg. Thaller (Soz.) Die Bundesregierung hat die Verfassung zu halten) Es würde mir nicht einfallen, gegen den widerspenstigen Herrn Landeshauptmann eine Entscheidung des Landtages anzurufen, von dem er zu dieser Würde erhoben

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

21. Blatt

Wien, am 9. 3. 33.

wurde, denn gegen den widerspenstigen Landeshauptmann als Vertreter und Organ der Bundesregierung gibt es etwa anderes, die Klage beim Verfassungsgerichtshof. (Zustimmung bei den Chr. soz. - zahlreiche Zwischenrufe b. d. Soz. dem.) Ich begnüge mich mit dieser Feststellung, ohne damit in irgendeiner Weise der Entscheidung der Regierung vorgreifen zu wollen. Aber noch einmal sei es, gesagt, der Landtag ist nach der Verfassung nur berechtigt, bestimmte Gesetze zu geben, darüber hinaus steht ihm keinerlei Recht zu. (Stürmische Unterbrechungen b. d. Soz. dem. - Abg. Weber (soz.): Sie sind ein Verfassungsbrecher! Was haben Sie von der Verfassung zu reden! Drüben verteidigen Sie die Verfassung! (-Gegenrufe bei den Chr. soz. Abg. Dr. Zörnlaib (chs. soz.: Schämen Sie sich, Herr Weber, so benimmt sich ein amtsführender Stadtrat!) Wenn der Herr Landeshauptmann heute in öffentlicher Landtagssitzung mitgeteilt hat, dass er nicht geneigt ist, den Weisungen der Bundesregierung zu entsprechen, und wenn er den Landtag veranlassen will, das gut zu heißen, so liegt in beiden Fakten eine ~~Elementare~~ elementare Verletzung der Verfassung ein Verfassungsbruch des Landeshauptmannes vor. (Lebh. Beifall b. d. Chr. soz.) Er hat uns mit der Miene eines Geschichtsprofessors hier erzählt, wie sich die Länder, darunter auch das Land Wien, zum Bund zusammengeschlossen haben. Ich möchte demgegenüber feststellen: Als sich die Länder zum Bund zusammenschlossen, war die Stadt Wien noch ein Bestandteil des Landes Niederösterreich. (Zustimmung b. d. Chr. soz.).

Der Herr Landeshauptmann hat auch auf die Schwierigkeiten des Wirtschaftslebens hingewiesen und er hat erklärt, er spreche nicht im Namen der Proletarierklasse, zu der er vollständig stehe, sondern im Namen der ganzen Wirtschaft. Wort für Wort muss man unterschreiben, was der Herr Landeshauptmann über die Notlage der Wirtschaft und insbesondere über die Notlage in Wien gesprochen hat. (Andauernde Zwischenrufe b. d. Soz. dem.) Aber das ist ja eben mit eines der Argumente, vielleicht das hauptsächlichste ~~Argument~~ Argument, warum die Regierung das politische Leben und das Presseleben wieder in geordnete Bahnen bringen will. Wenn sich jeder andere Staat den Luxus fortwährender innerer Unruhen erlauben darf - Oesterreich sicherlich nicht. Was wir, die wir in allem und jedem auf das Vertrauen der Umwelt angewiesen sind, brauchen, ist die Sicherung der Ruhe und Ordnung. (Lebhafte Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten)

$\frac{3}{4}$ Abg. Papanek: Und das machen Sie auf diese Weise!) Am nächsten Sonntag findet die Eröffnung der Wiener Messe statt, eines Unternehmens, an das das wirtschaftliche Interesse breiter Schichten des Gewerbes, des Handels und damit auch der Arbeiterschaft geknüpft ist. Man hat uns unmittelbar vor der Messe den Eisenbahnerstreik beschert. (Stürmische Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten. - Abg. Papanek: Den die christlichsozialen Gewerkschaften mitbeschlossen haben!) Wie wir in Oesterreich über diesen Streik denken, darauf kommt es wahrhaftig nicht an, sondern es kommt darauf an, wie die Menschen, die zwei Stunden in Marchegg, Graz, Innsbruck, Passau, Salzburg warten mussten, ohne an ihr Reiseziel gelangen zu können, über die Verhältnisse in Oesterreich urteilen. (Anhaltende Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten) Wenn mindestens jeden Sonntag eine Schlacht

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

22. Blatt

Wien, am 9. 3. 33.

zwischen Republikanischem Schutzbund und Heimwehr, dann zwischen Schutzbund und Nazi und dann wieder eine solche zwischen Nazi und Heimwehr stattfindet, ist das gewiss keine Aufmunderung, in ein solches Land zu reisen und mit ihm Geschäftsverbinden anzuknüpfen. Unsere wirtschaftliche Not und die ganze Situation des österreichischen Wirtschaftsmarktes macht es notwendig, eifersüchtig darüber zu wachen, dass das politische Leben in Oesterreich in geordneten Formen abrolle. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen) Daran haben nicht nur die Christlichsozialen und die in der Regierung vereinigten Parteien ein Interesse, sondern daran mitzuarbeiten, und zwar dadurch, dass man sich zusammensetzt und alle parteiegoistischen Interessen zurückstellt, ist die Pflicht aller, die an verantwortlicher Stelle stehen. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.)

Wenn der Herr Landeshauptmann schliesslich auch eine blutige Träne über die Notlage der Kleingewerbetreibenden geweint hat, so möchte ich nur auf ein Beispiel aus den jüngsten Tagen der Wiener Verwaltung hinweisen. Wir haben in Wien ein grosses Schneidergewerbe mit tausenden Angehörigen, das sich in grösster Not befindet. Diesem Gewerbe sind im Wege seiner Uniformierungsgenossenschaft seit Luegers Tagen 100%ig, seit der Herrschaft der Sozialdemokraten bis in die jüngsten Tage hinein 40%ig die Lieferungen übertragen worden. In der vorigen Woche nun hat man die Uniformlieferungen für die Strassenbahner vergeben und hat die gesamten Lieferungen der GÖG überwiesen. (Stürmische Pfui-Rufe bei den Christlichsozialen)

Ich muss aus den Grund angeben, warum das geschehen ist. Der Obmann dieser Uniformierungsgenossenschaft ist der Vorsteher der Schneidergenossenschaft, Kommerzialrat Steinschauer. Dieser Mann ist vor einiger Zeit in der Arbeiterzeitung und im Organ des sozialdemokratischen Gehilfenausschusses der Schneidergenossenschaft angegriffen worden und hat die Kühnheit gehabt, zu klagen, und es wurde sowohl die Arbeiterzeitung, natürlich nur der verantwortliche Redakteur als auch das Gehilfenblatt zu 100 S verurteilt. Als Strafe müssen nun die Schneidermeister den Entzug der Lieferungen hinnehmen. (Pfui-Rufe bei den Christlichsozialen. - Abg. Papanek: Was hat das mit der Verfassung zu tun? Der Demagog redet von etwas anderem!) Wenn man solche Tatsachen erlebt, muss man wohl sagen: Herr Landeshauptmann, die Tränen seh ich wohl, doch mir fehlt der Glaube. (Beifall bei den Christlichsozialen).

Jeder kennt die Not der Arbeitslosen, auch der Herr Landeshauptmann. Wie sieht aber die Praxis aus? In jeder Sitzung des Stadtrates werden Rekurse armer Leute vorgelegt, denen man die Gewährung eines Erhaltung= oder Erziehungsbeitrages verweigert. ^{Einer} ~~Ein~~ Familie von 8 Personen mit einem Gesamteinkommen von 102 S wird der Erziehungsbeitrag verweigert. (Abg. Papanek: Werden Sie gegen die Aussteuerung im Parlament auch so

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

23. Blatt

Wien, am 9.3. 33.

sprechen ? = Abg. Wagner: Kunschak, das tapfere Schneiderlein!) Da müssen Sie sich an Ihren Bürgermeister wenden, der war Schneider. Ich bin ein gelernter Sattler. (Abg. Wagner: Das haben Sie aber schon vergessen, jetzt sind Sie nur ein Demagog!

Präsident Dr. Neubauer:

Ich möchte den Herrn Redner darauf aufmerksam machen, dass ich ihn schon zweimal erinnert habe, dass die Redezeit in der Debatte nur 10 Minuten beträgt.

Abg. Kunschak: Was den Nationalrat anbelangt, so ist dieser autonom und die Regierung hat keine Möglichkeit und kein Recht, in die Situation, in die Ihr ~~Herr~~ Präsident den Nationalrat hineinmanövriert hat, einzugreifen. Diese Situation kann behoben werden, wenn sich die Parteien des Nationalrates zusammensetzen und auf eine Formel einigen, der sie dann die verfassungsmässige Genehmigung geben wollen. Die Sache kann saniert werden, aber durch Schimpfen auf die Regierung geht das absolut nicht. Zum Schlusse erkläre ich: Der Herr Landeshauptmann hat sich hier zum Verfassungsbruch bekannt und er mutet dem Landtag eine Ueberschreitung seiner Kompetenz, d.h. einen Verfassungsbruch zu. Wir haben gar kein Bedürfnis, Ihnen bei dieser Schändung des Landtages Statistendienste zu leisten, und überlassen es Ihnen dann, das heute automatisch gebildete Verhältnis, das ein Verbrechen ist im Sinne der Unzucht wider die Natur, ohne unsere Zeugenschaft fortzuführen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Christlichsozialen. = Die Christlichsozialen Abgeordneten verlassen unter lebhaften Zwischenrufen der Sozialdemokraten den Sitzungsaal.)

Abg. Weigl (soz. dem.) erklärt, es sei bedauerlich, dass der Abg. Kunschak, der sich zeit seines Lebens als Arbeiterführer bezeichnet, und seinen grössten Stolz dareingesetzt hat, die christliche Arbeiterschaft dieser Stadt zu vertreten, hier aufsteht und erklärt, er sei freudig erregt, wenn die Bundesregierung die vitalsten Grundrechte des Volkes missachtet und die Verfassung bricht. Wenn er sich damit ausreden will, dass die Angaben des Landeshauptmanns, die Pressdelikte würden den ordentlichen Gerichten entzogen, nicht richtig sind, so muss ihm entgegengehalten werden, dass eine Berufung gegen einen Strafbescheid auf Grund des § 4 oder 6 nicht zulässig ist, wenn die Geldstrafe nicht mehr als 200 S ausmacht. Es hat also diese Verordnung tatsächlich das Rekursrecht der in Frage kommenden Parteien abgeschafft und schon diese eine Tatsache beweist, wie sich die Regierung über die Grundbestimmungen unserer Verfassung hinwegsetzt.

Es ist knapp eine Woche her, dass der Kammerstag der österreichischen Kammern für Arbeiter und Angestellte in diesem Saal eine sehr ernste langandauernde Beratung darüber abgehalten hat, wie das bestehende Elend einigermassen gemildert werden könnte. Es hat sich eine einheitliche Auffassung

RATHAUSKORRESPONDENZ

24. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 9.3.33.

aller Fraktionen, auch der oppositionellen Minderheitsfraktionen, über die zu unternehmenden Schritte gezeigt. Angesichts der Tatsache, dass wir in diesem Lande rund 600.000 Arbeitslose zählen, dass darunter 83.000 Altersrentner sind, und mehr als 100.000 keinerlei Unterstützung mehr beziehen, angesichts der Tatsache, dass das Ende des kommenden Monats zehntausende Arbeitslose vor die Gefahr der Aussteuerung stellt, hat die wirtschaftliche Institution der Arbeiter und Angestellten unserer Republik ihre Beratungen geführt und ihre Beschlüsse gefasst.

RATHAUSKORRESPONDENZ

25 .Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am.....

In dieser Zeit des Elends der Arbeitslosen, wo Gewerbe und Industrie darniederliegen und man geradezu von einem Industriestorben reden muss, masst diese Regierung sich an, über die Volksvertretung hinweg ihre Verfügungen zu treffen. Durch ihre Zoll- und Handelspolitik, die Einfuhrverbote und die Devisenpolitik hat die Regierung unseren Export geradezu ruiniert und man kommt gar nicht zu Ende, wenn man die Sünden der Regierung aufzählen will. Und in einer solchen Zeit, wo jeder Mensch, der Herz im Leibe und Hirn im Kopfe hat, über alle Gegensätze hinweg nach Abhilfe suchen muss, entzündet diese Regierung einen Kampf um die Demokratie. (Beifall bd. Soz. dem.)

Mit dem Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz will die Regierung einen grossen Teil der öffentlichen Angestellten um ihre staatsbürgerlichen Rechte bringen. (Pfuirufeb. d. Spz. dem.) Sie hat geglaubt, der Proteststreik der Eisenbahner werde zeigen, dass die Kadres der organisierten Arbeiterschaft gelichtet sind. Sie hat aber erfahren müssen, dass auch gegnerische Organisationen sich zusammengefunden haben, um das Koalitionsrecht ihrer Mitglieder zu schützen. (Beifall b. d. Soz. dem.) Wenn die Regierung meint, dieses Koalitionsrecht im Verordnungswege unter Ausschaltung der Volksvertretung beseitigen zu können, dann irrt sie. (Beifall b. d. Soz. dem.) In diesem Kampfe stehen die öffentlichen Angestellten nicht allein. Die Arbeiter- und Angestelltenschaft unserer Republik versteht, um was es da geht und dass man nicht bei den öffentlichen Angestellten Halt machen, sondern bald auch das Betriebsrätegesetz, das Achtstundentaggsgesetz und den Mieterschutz angreifen, das Urlaubsgesetz und besonders das Gesetz über die Kollektivverträge beseitigen würde. (Lebh. ^{Zustimmung} b. d. Soz. dem.) Die Auffassung der gesamten Arbeiter und Angestellten ist, dass man sich je eher, je schärfer und je besser dagegen zur Wehre setzen muss. (Lebh. Beifall b. d. Soz. dem.) Es wird nicht gelingen, diese vitalsten Rechte des arbeitenden Volkes Oesterreichs zu beseitigen.

Das Parlament musste einberufen werden, um der Regierung klar zu machen, dass die gewählten Volksvertreter nicht willens sind, Gewaltmassnahmen über die Eisenbahner ergehen zu lassen. Diese Sitzung hat der Regierung bewiesen, dass sie sich auf keine Mehrheit zu stützen vermag, und das Selbstverständlichste für einen aufrichtigen Staatsmann wäre es gewesen, in einer solchen Situation zu demissionieren und einer anderen Regierung Platz zu machen. (Lebh. Beifall b. d. Soz. dem.) Das ist nicht geschehen, sondern man hat diese lächerliche Komödie aufgeführt, sich um einen Stimmzettel zu raufen, und führt jetzt die noch lächerlicher Komödie auf, dass man behauptet, durch die Demission der Präsidenten sei der Nationalrat auf immerwährende Zeiten ausgeschaltet. Die Verfassung sagt: alles Recht geht vom Volke aus. Die Vertreter des Volkes im Parlament werden bestimmen, was im Nationalrat zu geschehen hat, und nicht eine Regierung, die das Vertrauen der Bevölkerung längst verloren hat. (Lebh. Beifall b. d. Spz. dem.) Hat schon das bisherige wirtschaftliche Kurs der Regierung schwerstes Misstrauen bei allen arbeitenden Menschen dieses Staates wachgerufen, so haben die Vorgänge der letzten Tage bewiesen, dass die Misstrauen nur allzu gerechtfertigt ist. Um nicht Rede und Antwort stehen zu müssen, um sich der berechtigten Kritik zu entziehen, will man das Versammlungsrecht beseitigen und die Pressfreiheit knebeln. Vielleicht meinen manche Kreise, die in der Welt bestehende Unrast könne gemildert werden, wenn man die Völker mundtot macht. Wer aber die Geschichte kennt, weiss, dass eine solche Knebelung gerade im Gegenteil letzten Endes zu

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

26. Blatt

Wien, am

auch

einer elementaren Explosion führt und dass sich/Völker weit tieferen Kulturgrades eine solche Behandlung auf die Dauer nicht gefallen liessen. Es ist Wahnwitz zu meinen, dass die demokratisch und gewerkschaftlich österreichische Arbeiter und Angestelltenschaft sich eine solche Behandlung gefallen lassen würden. (Lebh. Beifall bd. Soz. dem.) Wer die Grundrechte nicht achtet, hält auch vor dem Sozialrecht nicht still, und mag auch bei einer kleinen Clique das Wort von der Wegräumung des revolutionären Schuttes noch nachklingen, so können wir versichern, dass es nicht gelingen wird, die gesetzlich festgelegten sozialen Rechte wieder zu beseitigen. Die Arbeiterschaft erkennt die Gefahr dieses Weges zur Diktatur und zum Faschismus, und niemand in dieser Stadt und in diesem Lande kann glauben, dass die Arbeiter und Angestellten eine solche Diktatur ruhig hinnehmen würden. Die arbeitenden Menschen werden sich das Recht nicht nehmen lassen, die Handlungen der Regierung auf den Boden des Nationalrates zu prüfen und zu beeinflussen. Oder glaubt man, dass die Hunderttausende von Arbeitslosen, wenn man sie durch Verordnungen so niederhalten will, dass sie nicht einmal ihr Elend kundtun können, sich ruhig hinesetzen und verhungern werden? Ob Heimwehrfaschismus oder anderer Faschismus; der Mantel tut nichts zur Sache, und die österreichische Arbeiterschaft wird es nicht dulden, dass dieser Weg beschritten wird.

In dieser ernsten Stunde sage in vollem Bewusstsein meiner Verantwortung - und ich wünsche, der Herr Bundespräsident und die Regierung mögen es hören und zur Kenntnis nehmen - dass die Arbeiter und Angestellten Oesterreichs den Totentanz der Demokratie nicht als unbeteiligte Zuschauer mit ansehen werden. (Lebh. Beifall b. d. Soz. dem.) Sie werden sich mit Leib und Leben gegen jeden Versuch zur Wehr setzen, die Diktatur gegen die arbeitenden Menschen dieses Landes aufzurichten, die - das sei mit allem Ernste und Nachdruck gesagt - hier zu Lande die Entfesselung des Bürgerkrieges bedeuten würde. (Lebh. Beifall, bd. Soz. dem.) Die Folgen wären unabsehbar, denn wer immer Sieger sein wird, letzten Endes werden Sieger und Besiegte auf einem Trümmerhaufen stehen, und die Schuld an diesem fürchterlichen Schicksal der Bevölkerung wird auf den Schultern jener Lasten, die in frivoler Weise sich anmassen, in diesen schwierigen Zeiten die Verfassung zu brechen. (Lebh. Beifall b. d. Soz. dem.)

Noch hat es die Regierung in der Hand, wieder den Weg der Demokratie zu beschreiten und nicht eine Politik gegen die Massen, sondern für das Volk zu machen. Sie hat die Pflicht, dem gequälten Volke ein Schicksal zu ersparen, wie es fürchterlicher nicht gedacht werden kann. Die heutige Tagung des Wiener Landtages möge der Regierung den Ernst der Situation zeigen, und sie möge versichert sein, dass das arbeitende Volk von Oesterreich im Stande sein wird, alle Diktaturgelüste die da schlummern, zu ersticken. Wollen wir hoffen, dass in letzter Stunde die ernstesten Worte die hier gesprochen wurden, gehört werden und dass unser Land vor dem Bürgerkriege beharrt bleibe, damit es möglich wird, unsere Republik auf demokratischem Boden in die Höhe zu bringen, und diese Arbeiter und Angestellten, die nicht das erstemal ihr Leben und Blut für diese Republik einsetzen, nicht gezwungen werden, neuerdings mit Leib und Leben für sie einzusetzen. (Lebh. anhaltender Beifall b. d. Soz. dem.)

Abg. Dr. Riehl (nat. soz.) Wer die wehmütigen Worte meines Voredners gehört hat, könnte glauben, dass es sich hier wirklich um einen ernstesten Kampf zwischen den beiden Sektoren hier handelt. Wer sich aber erinnert, dass St. R. Kunschak in patetischen Worten den Herren ein

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

27. Blatt

Wien, am

an den Mauern des Rathauses stehen, wird diese Opposition nicht sehr ernst nehmen können. Ist Ihnen denn nicht bekannt, dass bereits Patrouillen des Bundesheeres mit Bajonetten auf überall dort in den Strassen Wiens promenieren, wo Versammlungen Ihrer Partei aufgelöst wurden? Es scheint Ihnen auch nicht bekannt zu sein - oder Sie tun wenigstens so - dass bereits rot-weiße Armbänder mit dem Aufdruck "Hilfspolizei" ausgeteilt worden sind und dass bei den Bahnhofsaltern bereits die Formulare für die Gratiskarten vorbereitet sind, mit denen die entlassenen Soldaten des Bundesheeres, sobald sie vom Heeresministerium einberufen werden, nach Wien einrücken sollen, es scheint Ihnen auch entgangen zu sein, dass tatsächlich Waffen von Regierung wegen für Heimwehrformationen in der Provinz ausgeteilt würden. Entweder haben Sie sich nicht getraut, diese Dinge vorzubringen, oder aber ich kann Ihre Opposition nicht ernst nehmen, denn diese Tatsachen gehen weit darüber hinaus, was St. R. Kunschak hier gesagt hat, der so gesprochen hat, als handle es sich nur um eine juristische Auslegung der Gesetze im Rahmen der Verfassung.

In Wahrheit ereignet sich jetzt der frivole Versuch einer ganz kleinen Gruppe, die nicht einmal ein Drittel der Bevölkerung hinter sich hat, ohne irgendeine sie deckende Volksbewegung die sozusagen in Arterienverkalkung befindlichen Schichten der Herrschenden durch eine unsinnige Gesetzesauslegung an der Macht zu erhalten. Das ist unsittlich und deshalb müssen wir, die wir selbst Anhänger eines autoritären Staates sind, dagegen auftreten. Hier handelt es sich weder um eine Idee noch um ein starkes, sei es revolutionäres oder nationales Prinzip, sondern nur um die Mandatsversicherung (Beifall b. d. Nat. soz.) Denn niemand wird behaupten wollen, dass etwa aus Neuwahlen eine marxistische Mehrheit hervorgehen würde. Es gibt nur eines: Neuwahlen, und da muss man eben in Kauf nehmen, dass so und so viele Christlichsoziale nicht mehr gewählt werden und Heimwehr, Landbund und Grossdeutsche eventuell vollständig eingehen. Die Bevölkerung hat sich eben mit Recht auf eine andere Linie eingestellt. Man kann aber nicht behaupten, dass die Regierung Dollfuss sich heute für die heiligsten Güter des Vaterlandes einsetzt. Die Herren sitzen ja im Ministerium und verfügen über die Staatsämter. Hinter Ihnen steht niemand, der sagen würde: wir wollen jetzt den Staat in die Hand nehmen und ihm helfen, sondern es ist eine ganz verkalkte, um ihre Ämter und Mandate besorgte Gesellschaft, die hier durch eine derartige Gesetzesglitterung ihre Position zu behaupten versucht.

Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe. Wenn Herr Dollfuss den Mussolini in der Westentasche oder Hitler den Kleinen von Oesterreich spielen will, dann fehlt ihm und den Mitgliedern seiner Regierung vor allem der sittliche Ernst Hitlers, die echte Begeisterung und der echte Fanatismus, von dem dieser Mann getragen wird, solche Menechen haben das Recht, nach der Staatsgewalt zu greifen, nicht aber Leute, hinter denen sich keine sittliche Begeisterung, kein grosses nationales oder religiöses Gefühl wirkt. Ich glaube, dieser Gesellschaft, die einmal so und einmal so spricht, einmal französisch und einmal tschechisch singen will, sich von wem immer kaufen lassen will, ich möchte sagen, diesen prinzipiellen Prostituierten (Beifall b. d. Nat. soz.) durchaus nicht, dass hinter ihnen irgendein grosses patriotisches Heimatgefühl steht, wie ich auch der ganzen Gefaugesellschaft ihr religiöses Gefühl nicht glaube, sondern es ist gar nichts anderes, als das Klebebedürfnis. Das unsere braven Soldaten und Gendarmen gegen ihre Ueberzeugung dieses Klebebedürfnis jetzt vielleicht mit

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

28. Blatt

Wien, am

ihren Bajonetten stützen sollen, ist geradezu lächerlich.

Und wenn ich mich an die elegischen Töne und die vorsichtige Ausdrucksweise erinnere, die der Herr Bürgermeister und Landeshauptmann hier gewählt hat, so muss ich sagen, dass sich da doch wieder eine kleine historische, durch Jahrzehnte bereits geweihte, süsse, wenn auch geheime Liebe vom Platz des Herrn Kunschak zum Platz des Herrn Bürgermeisters Seitz zu zeigen beginnt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

29. Blatt

Wien, am 9. 3. 33.

Wir glauben nicht, dass die Entrüstung, die von roter Seite an den Tag gelegt wurde, echt ist. Es sind das nur die Vorbereitungen zu einer neuerlichen nächtlichen Zusammenkunft, aus der vielleicht ein neues Koalitionsministerium schwarz=rot wie anno 1919 entstehen wird. Wir können Ihre Entrüstung nicht ernst nehmen. Aber auch die Darstellung des Landeshauptmanns ist nicht richtig, dass die Stadt Wien freiwillig ihren Beitritt zum Bund Deutschösterreich vollzogen hat. Wir sind zwangsläufig das Restösterreich gewesen und dass man dann erklärt hat, die Länder haben sich zusammengeslossen, war nur eine verfassungsmässige Phrase. Dass man dabei Wien und Niederösterreich getrennt hat, gehört zu den Unsinnigkeiten, die mit die Ursache unserer ständigen Staatskrise sind. Wenn die Regierung nun beginnt, die Rechte aufzuheben, auf die sie bisher so stolz war, so hat man eigentlich damit schon als man die Eisenbahner massregelte. Das ist eine der Sünden gegen wirkliches Recht und Gesetz, die in Oesterreich nach dem Umsturz allgemein üblich geworden sind und die darin ihre Krönung finden dass man erworbene Rechte pragmatischer Angestellter einfach eskamotiert. Sie haben dasselbe bei den Strassenbahnern gemacht und als die Eisenbahner dieses Recht verloren haben, haben Sie einen sehr sanften Widerspruch erhoben. Sie sind ja eigentlich froh darüber, wenn sich die Regierung Dollfuss dagegen schützt, dass die nationalsozialistische Flut nicht nur grosse Teile ~~der~~ der Christlichsozialen und Heimwehren, sondern auch erkleckliche Teile der Sozialdemokraten abbröckeln könnte. Wir glauben nicht an Ihre Verfassungsmässigkeit, weil Sie sich an alle dem mitschuldig gemacht haben, angefangen von der Credit=~~Anstalts~~=Affäre bis zum Lausanner Abkommen. Sie waren ja froh darüber, dass andere diese unpopulären Massnahmen gemacht haben und dass Sie Ihnen erspart worden sind.

Was die Frage der Verfassungsmässigkeit des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes betrifft, so bedarf es keiner Auseinandersetzung darüber, dass bei einer Verordnung, die die Pressefreiheit einschränkt, von wirtschaftlichen Massnahmen keine Rede sein kann. Das heisst einfach, Gesetze und Paragraphen so verbiegen, dass von Vernunft und Legalität keine Rede sein kann. Die Nationalsozialisten verlangen gar nichts anderes als was sie seit einem Jahre ununterbrochen fordern: Sofortige Auflösung dieses überständigen Hauses, das keine Mehrheit mehr hat, und Ausschreibung von Neuwahlen. Wir vermischen auf der roten Seite den nötigen Nachdruck für diese Forderung. Wenn man uns hier das deutsche Beispiel vorhält, so verweisen wir darauf, dass Hitler eine grosse staatsmännische Tat vollbracht hat. Er ist stark geblieben und hat erklärt, er werde die Demokratie mit den Waffen der Demokratie erschlagen. Und jetzt erklärt er im Namen der Mehrheit des Volkes die Massnahmen durchzuführen, die seiner Weltanschauung entsprechen. Das konnte und kann Hitler machen, weil er

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

30. Blatt

9. 3. 33.

Wien, am

das Volk befragt hat und weil das Volk seine Ansichten gebilligt hat. Im Namen des Volkes wird nunmehr die demokratische Verfassung Deutschland revidiert und in eine unseren Idealen angepasste Wirtschafts- und Staatsform umgewandelt. Das hat Dollfuss nicht getan. Er glaubt, mit der Einberufung der Ersatzreservisten des Bundesheeres sich hier etablieren zu können. Dagegen erheben wir den schärfsten Protest. Er hat dazu kein moralisches Recht weder als Persönlichkeit noch als Chef einer Richtung oder Bewegung, die von sich sagen könnte, wir wollen ein neues Vaterland, wir wollen ein neues Oesterreich. Dieses Oesterreich besteht überhaupt nicht zurecht. Es ist vor 1000 Jahren gegründet worden als die Ostmark des Deutschen Reiches und nicht als ein selbständiger Staat und als wir im Niederösterreichischen Landhaus im Jahre 1918 beisammen waren ist eine Resolution meines Freundes Knirsch angenommen worden, in der es ausdrücklich heisst, Oesterreich ist ein Bundesstaat des Deutschen Reiches. In dem Sinne werden wir, wenn wir an die Macht kommen, in Oesterreich Ordnung machen. Das mögen Herr Dollfuss und alle anderen zur Kenntnis nehmen. (Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten.)

~~Abg. Dr. Hanke~~ Abg. Dr. Hanke (Nat. soz.) bemerkt, es werde von einer schweren Krise des Parlaments gesprochen. Diese Krise ist aber nicht erst am 4. März ausgebrochen, sie ist bereits am 24. April 1932 offenkundig geworden. An diesem Tag ist es klar geworden, dass die Zusammensetzung des Nationalrates dem Willen des Volkes nicht entspricht. Der Nationalrat hat auch einen Auflösungsbeschluss gefasst. Allerdings fehlte den Abgeordneten der Mut, Neuwahlen auszuschreiben. Das Volk konnte sich diese Stellungnahme des Nationalrates nicht anders erklären, als dass die Abgeordneten eine gemeine Diätenschinderei betreiben. (Zustimmung bei den Nationalsozialisten) Uns wurde gesagt, wir hätten nicht das Recht über Demokratie zu reden. Wenn man aber heute gesehen hat, wie sich Stadtrat Kunschak benommen hat, muss einem die Schamröte ins Gesicht steigen. Der Mann lügt bei jedem zweiten Wort. Die demokratischen Parteien verlangen, dass sich die Nationalsozialisten innerhalb der Verfassung entwickeln und wir verlangen daher mit demselben Recht, dass sich die anderen Parteien an die Verfassung halten. ~~Mag~~ In Wirklichkeit widersprechen aber die Verordnungen der Regierung den Grundsätzen der Verfassung. Mag die Feststellung, dass Oesterreich eine demokratische Republik sei, auch rechtlich irrelevant sein, so kann doch nicht geleugnet werden, dass der demokratische Gedanke in der ganzen Verfassung deutlich zum Ausdruck kommt. Ja, die österreichische Verfassung ist das Schulbeispiel der Verfassung einer parlamentarischen Republik und doch will die Regierung ohne Parlament regieren. Es Dr. Dollfuss vorbehalten geblieben, die Verfassung zu brechen und die nackte

127.

RATHAUSKORRESPONDENZ

31. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 9.3.33.

Gewalt an ihre Stelle zu setzen. Als Eisenbahner möchte ich den Rechtsbruch kurz behandeln, der an den Eisenbahnanlagen begangen wurde. Wir haben bisher drei Generaldirektoren gehabt und alle drei sind knapp am Kriminal vorbeigegangen. Jetzt ist ein neuer Generaldirektor da und der bezahlt uns unsere Gehälter in drei Teilen aus. Es ist doch selbstverständlich, dass die Angestelltenschaft zu einer derartigen Massnahme Stellung nehmen musste, wie sie es auch in seltener Einmütigkeit getan hat. Das beantwortet die Generaldirektion damit, dass sie mit Disziplinierungen vorgeht und alte Angestellte und ihre Familien in Angst und Schrecken versetzt. Der Bundeskanzler hat sich stark geändert. Er wirbt wahrscheinlich um den neuen Beinamen "Dollfuss der Gewaltige". Er muss auf Geheiss der Heimwehren eine neue Rolle spielen, die ihm nicht liegt, da ihm alle Voraussetzungen hiezu fehlen. Die Bevölkerung nimmt die gegenwärtige Aktion einstweilen nicht ernst, weil sie der Meinung ist, dass Dr. Dollfuss weder gewaltig noch gewalttätig ist. Es ist eigentlich das Entsetzlichste, was einem Diktator passieren kann, dass er nicht ernst genommen wird. Wir fürchten sehr, dass sich auf der politischen Bühne kein Drama abspielt, sondern dass die gegenwärtigen Minister in einem Kasperltheater mitwirken. (Zustimmung bei den Nationalsozialisten) Wir Nationalsozialisten fürchten uns nicht vor der starken Hand dieser Regierung, ja wir glauben gar nicht, dass diese Hand wirklich stark ist. Wir würden den Gemegrossen in der Regierung leichten Herzens eine Zeit zubilligen in der der ganzen Bevölkerung klar wird, dass sie unfähig sind. Dann würde auch das dumme Gewäsch von einem Präsidialkabinett endlich aufhören. Wir könnten wirklich in Ruhe das Ende dieser Operettendiktatur abwarten, und uns als Zuseher köstlich unterhalten, wenn nicht die Not des Volks zwingens ein Ende verlangen würde. Das Volk hat ^{aber} keine Zeit, ~~xx~~ und vor allem kein Geld für derartige politische Theater. Die Minister sollen sich endlich abschminken, ihre Kostüme ausziehen und abtreten. Das Volk von Oesterreich verlangt den Schluss dieser Komödie. Nur der Epilog ist noch vom Bundeskanzler zu halten und der kann kurz sein. Er heisst: Neuwahlen! Es ist höchste Zeit, dann neue Männer kommen, hinter denen das ganze Volk steht, damit endlich der Wiederaufbau Oesterreichs begonnen werden kann. (Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten)

Abg. Dr. Suchenwirth (Nat. soz.) bemerkt, am 24. April 1932 ist das Urteil der Bevölkerung für die herrschenden Parteien so vernichtend ~~ausgefallen~~ ausgefallen, dass die Christlichsozialen im Wiener Gemeinderat auf 19 Mandate herabgedrückt wurden und dass der Heimatblock und der Landbund im Teilen Oesterreich von der politischen Landkarte überhaupt vollständig verschwunden ist. Die Wahlen, die nachher waren, haben das Urteil vom 24. April bestätigt oder verschärft und aus dem Besuch der Versammlungen ergibt sich, dass die drei Regierungsparteien im Sterben begriffen sind, Alle drei sträuben sich dagegen, dasx endgiltige Urteil der Bevölkerung zu erfahren und

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ KAVER FRIEDRICH

32. Blatt

Wien, am 9.3.33.

die endgiltige Rechnung präsentiert zu erhalten für all die beispiellose ~~Verwahrlosung~~ Verwahrlosung der öffentlichen Interessen. Wir Nationalsozialisten haben immer die Auflösung des Nationalrates gefordert. Bei dieser Forderung hat der Nationalrat wohl äusserlich mitgetan, in Wirklichkeit aber ein durchaus unwürdiges Spiel getrieben. Er hat den Auflösungsbeschluss gefasst, den Termin der Auflösung aber offen gehalten und trachtet immer wieder, dieser unangenehmen Frage aus dem Weg zu gehen. Wenn die Sozialdemokraten heute darüber stöhnen, dass der Nationalrat jetzt überhaupt ausgeschaltet wird, so sind sie selbst mitschuldig daran, weil sie bei allen Fragen der Auflösung nicht ihr ganzes Gewicht in die Wagschale geworfen haben. Sie haben es vorgezogen, zusammensitzen mit den Regierungsparteien und abzuwarten, ob für sie vielleicht bessere Bedingungen im Laufe der Zeit zu erzielen wären. Sie haben es vorgezogen, mit politischen Leichen ^{zu sein} beisammenzusein und heute dürfen Sie nicht stöhnen, wenn Sie vom Leichengift dieser Parteien infiziert sind. In den Aufruf der Regierung ist jedes Wort unwahr. Wir haben es in Oesterreich nicht zu tun mit einer Parlamentskrise, sondern mit einer Staatskrise, die durch das verbrecherische und gewissenlose Treiben der Parteien der Nationalratsmehrheit hervorgerufen wurde. Die Regierung erklärt, Oesterreich sei von Knechtschaft bedroht. Es gibt aber keine ärgere Knechtschaft als die, die die Regierung durch den Lausanner Vertrag dem Staate Oesterreich auferlegt hat, eine Knechtschaft, die Oesterreich um ein paar erbärmliche Silberlinge an die französische Politik anketten muss. ~~XXX~~ ^{Zu einer} Zeit wendet die Regierung Dollfuss Gewalt an und sucht die Nationalsozialisten, die einzigen Träger des freiheitlichen Gedankens niederzuhalten; in der sich der Kanzler des Deutschen Reichs Hitler bereit erklärt, Oesterreich Hilfe zu leisten. Zu der Zeit schielen die Leute nach Frankreich und trachten mit allen Mitteln die Freiheitsbewegung des deutschen Volks auch in Oesterreich niederzuhalten. ~~Rix~~ ~~Regierung~~ Dollfuss und seine Genossen haben sich des schwersten Verfassungsbruchs schuldig gemacht. Sie leisten sich den Luxus einer Putschpolitik, während sich das ganze österreichische Volk in Elend und Hunger befindet. Sie erklären, Oesterreich retten zu wollen, während sie mit allen ihren Massnahmen nur das eine im Auge haben, den Nationalsozialismus Schwierigkeiten zu bereiten. Man glaubt uns in Oesterreich aufhalten zu können. Das ist ein gewaltiger Irrtum. Wir Nationalsozialisten sind durch Terror und Verfolgungen hindurchgeschritten und wir sehen mit Lachen den Schikanen eines Kabinetts Dollfuss entgegen. Wir haben uns nie einschüchtern lassen und heute, wo der oberste Führer der Nationalsozialistischen Partei Reichskanzler von Deutschland ist, haben wir gar keine Veranlassung, auch nur im geringsten mit Sorgen die Entwicklung der Dinge abzuwarten. Wir Nationalsozialisten fordern nach wie vor die Auflösung des Nationalrates

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

33. Blatt

Wien, am 9.3.33.

Wir werden die Möglichkeit finden, dieser^Worderung Wirklichkeit zu verleihen. Wir werden es dahin bringen, dass das österreichische Parlament, das die ganze lange Zeit nichts anderes als Korruption und Volksverrat betrieben hat, auseinandergejagt wird. Dann werden wir die Tore aufreissen zur neuen Zukunft unseres Volkes. Dann, nach den Neuwahlen werden wir die Wege bereiten zum Zusammenschluss Oesterreichs mit dem grossen Deutschen Reich. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Nationalsozialisten.)

Da kein Redner mehr vorgemerkt ist, ist die Debatte geschlossen.

Es folgt die Abstimmung über die eingebrachten Anträge.

Zunächst wird über den Antrag Nachtnebel abgestimmt. Die Punkte 1-4 dieses Antrages werden einstimmig - die Christlichsozialen sind bei der Abstimmung nicht anwesend - der Punkt 5 mit Mehrheit angenommen.

$\frac{3}{4}$ Abg. Frauenfeld (nat. soz.) erklärt nunmehr die Punkte ~~1 und 2~~ 1 und 2 zurückzuziehen, da diese Punkte durch die Annahme der Punkte 1-4 des Antrages Nachtnebel hinfällig geworden sind.

Präsident Dr. Neubauer bemerkt zu Punkt 6 des Antrages Nachtnebel, der eine Einberufung einer Landtagssitzung am nächsten Montag verlangt, er werde eine Landtagssitzung einberufen, wenn es die Verhältnisse notwendig machen.

Die sonach zur Abstimmung~~xxx~~ gelangenden Punkte 3-6 des Antrages Frauenfeld werden abgelehnt. (Zwischenrufe bei den Nationalsozialisten)

RATHAUSKORRESPONDENZ

34. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Anfrage der Abg. Otto Nachtnebel, Leopoldine Glöckel und Leopold Thaller an den Herrn Landeshauptmann wegen Beschlagnahme der Nr. 68 der "Arbeiter-Zeitung" vom 9. März 1933.

Der Staatsanwalt hat heute die "Arbeiter-Zeitung" beschlagnahmt. Der Beschlagnahme verfiel der erste Titel: "Abwehr des Verfassungsbruches!" Weiter konfiszierte der Staatsanwalt aus folgendem Ausruf des Parteivorstandes der Deutschösterreichischen Sozialdemokratie Genossen und Genossinnen! Arbeiter und Angestellte! Republikaner! Die Republik, die Freiheitsrechte des Volkes, die sozialen Errungenschaften der Arbeiter und Angestellten sind in schwerer Gefahr denn je geraten. Der Fascismus bedroht unsere Rechte. Die Generaldirektion der Bundesbahnen ist den Eisenbahnern schwer erworbenen Arbeitslohn schuldig geblieben. Die Eisenbahner haben dagegen mit einem zweistündigen Demonstrationsstreik protestiert. Dies hat die Generaldirektion auf Beschluss der Regierung zum Anlass genommen, Eisenbahner zu massregeln und zu verfolgen. Eine Ausnahmeverfügung aus der Kriegszeit, nur für die Kriegsdauer erlassen, wurde fünfzehn Jahre nach dem Kriege zu diesem Zwecke ausgegraben! Dagegen haben wir angekämpft. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben im Nationalrat einen Beschluss durchgesetzt, der der Regierung und der Bundesbahnverwaltung jede massregelung von Eisenbahnern wegen der zweistündigen Demonstration verbietet.

Die Christlichsozialen und die Hahnenschwänzler wollten sich diesem Beschluss nicht fügen. Um auf den Rachezug gegen die Eisenbahner nicht verzichten zu müssen, haben sie im Nationalrat einen Streit über die Gültigkeit des gefassten Beschlusses entfesselt. Dieser Streit hat dazu geführt, dass die drei Präsidenten des Nationalrates ihre Stellen niedergelegt haben.

Selbstverständlich wäre es möglich gewesen, binnen vierundzwanzig Stunden ein neues Präsidium des Nationalrates zu wählen. Aber das wollen die Regierungsparteien nicht. Sie wollen die Demission der drei Präsidenten als Vorwand benutzen, um das Parlament überhaupt auszuschalten, geraume Zeit ohne Volksvertretung diktatorisch zu regieren. Hinter den Christlichsozialen, den Hahnenschwänzlern und den Landbündlern, auf die sich die Regierung stützt, steht höchstens noch ein Drittel des deutschösterreichischen Volkes. Die Vertreter einer Minderheit des Volkes massen sich eine schrankenlose unkontrollierte Diktatur über das ganze Volk an.

Schon hat diese Diktatur die Freiheitsrechte des Volkes angegriffen. Sie hat alle Versammlungen verboten, die durch die Verfassung dem Volke verbürgte Versammlungsfreiheit mit einer Federstrich vernichtet. Sie hat "auf Grund" des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes vom Jahre 1917 die Presse geknebelt. Das alte Konfiskationsrecht aus der Monarchie, das die Republik der Willkür der Staatsanwälte entrissen und der Kontrolle der Gerichte unterworfen hat, ist wiederhergestellt! Die Vorzensur über missliebige Zeitungen, wie sie in der Kriegszeit bestanden hat, ist wieder eingeführt! Wer einen österreichischen Minister oder eine ausländische Regierung - Hitler, Mussolini oder Horthy! - beleidigt, kann nach dieser Knebelungsverordnung mit Arrest bis zu drei Monaten bestraft werden; und das Urteil sollen nicht unabhängige Richter sprechen, sondern die Polizei! Und gegen ihre Urteile soll nicht einmal ein Rekurs möglich sein! Schluss mit der Redefreiheit! Schluss mit der freien Meinungsäußerung! Schluss mit der freien Kritik an der Regierung! Das ist der Sinn dieser Knebelungsverordnung!

Und diese Verordnung wird erlassen "auf Grund" eines Kriegsgesetzes aus dem Jahre 1917, das die Regierung ermächtigt hat, wirtschaftliche

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

35. Blatt

Wien, am

Massregeln zur Abwehr wirtschaftlicher Gefahren zu treffen!

Wenn das möglich, wenn das zulässig ist, dann könnte die Regierung morgen mit der Berufung auf dasselbe Kriegsgesetz alle andern Freiheiten des Volkes aufheben, alle Arbeiter- und Angestelltenschutzgesetze demolieren, den Mieterschutz und den Pächterschutz abschaffen, die Bezüge und Pensionen der öffentlichen Angestellten herabsetzen, ohne die Zustimmung des Parlaments zu brauchen!

Kein einziges unserer Rechte, keine einzige unserer Errungenschaften ist mehr sicher!

Die Volksvertretung soll ausgeschaltet bleiben. An die Stelle der von der Volksvertretung beschlossenen Gesetze sollen Verordnungen der Regierung treten.

Was bedeutet das?

Arbeitslose?

Nach den Richtlinien des Sozialministers sollen in den nächsten Wochen abermals tausende Arbeitslose aus der Notstandsaushilfe ausgesteuert werden, Tausende die Notstandsaushilfe gekürzt werden. Wenn es kein Parlament mehrgibt, dann haben die sozialdemokratischen Abgeordneten keine Möglichkeit mehr, auch zu schützen, keinen Kampfboden mehr, auf dem sie euer Recht auf das Leben verteidigen können.

Eisenbahner!

Ihr braucht den Schutz des Parlaments gegen die drohenden Massregelungen - das Parlament ist ausgeschaltet! Die Regierung will durch ein zweites Bundesbahnsanierungsgesetz eure Bezüge, eure Pensionen abermals empfindlich herabsetzen, die Rechte eurer Personalvertretung zerstören; es besteht die ernste Gefahr, dass die Regierung all das "auf Grund" des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes selbstherrlich verordnet, ohne das Parlament zu fragen!

A

Arbeiter und Angestellte!

Schon verlangen die Hahnenschwänzler, dass durch eine Verordnung "auf Grund" des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes das Koalitionsrecht aufgehoben, jeder Streik mit Strafen bedroht werde, damit ihr ohne jede Möglichkeit der Gegenwehr der Willkür der Unternehmer ausgeliefert werdet!

So sind heute schon alle unsere Freiheiten, alle unsere Rechte bedroht. Wenn wir uns nicht zur Wehr setzen, solange es noch Zeit ist, werden wir in den Fascismus, in die völlige Rechtlosigkeit hineinschlittern, wie es unseren Brüdern in Deutschland ergangen ist!

Unsere Partei will zunächst alle verfassungsmässigen Mittel anwenden, um die Diktaturgelüste der Regierungsparteien, um die verfassungswidrigen Knebelungsverordnungen abzuwehren.

Solange diese Mittel noch angewendet werden können, fordern wir euch, Genossen und Genossinnen, auf, strengste Disziplin zu halten, nur an den Parolen der Partei und der freien Gewerkschaften zu handeln, alle Unbesonnenheiten, die dem Gegner den Vorwand zu seinen Unterdrückungsmassregeln liefern könnten, zu vermeiden!

Sollte es aber nicht gelingen, uns den bedrohten parlamentarischen Kampfboden in kürzester Zeit wiederzugewinnen, dann werden wir nicht mehr im Parlament für euch kämpfen können; dann werdet ihr selbst die Verfassung der Republik verteidigen müssen! Sollte es uns durch Knebelung unseres Wortes unmöglich gemacht werden, euch zu raten und zu führen, dann werdet ihr selbst aus eigener Initiative Recht, Gesetz und Freiheit verteidigen!

RATHAUSKORRESPONDENZ

36. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Darum zunächst: Wachsamkeit, Besonnenheit, Bereitschaft! Die Stunde der Entscheidung kann euch sehr bald rufen!

Freiheitsliebende Männer und Frauen werden sich keiner Diktatur unterwerfen! Wir sind freie Bürger der Republik; wir wollen und werden keine rechtlosen Untertanen werden!

Freiheit!

Der Parteivorstand der deutschösterreichischen Sozialdemokratie.

diese Stelle:

Sollte es aber nicht gelingen, uns den bedrohten parlamentarischen Kampfboden in kürzester Zeit wiederzugewinnen, dann werden wir nicht mehr im Parlament für euch kämpfen können; dann werdet ihr selbst die Verfassung der Republik verteidigen müssen! Sollte es uns durch Knebelung unseres Wortes unmöglich gemacht werden, euch zu raten und zu führen, dann werdet ihr selbst aus eigener Initiative Recht, Gesetz und Freiheit verteidigen!

Weiter hat der Staatsanwalt folgende Stelle aus einer Notiz, überschrieben: "eine Drohung der Regierung", die eine Aussendung der Bundesregierung bespricht, beschlagnahmt:

Diese Erklärung, deren Rechtskenntnis auf gleichem Niveau steht wie das Deutsch ihres Verfassers, zeigt eines: dass die Regierung jeden Versuch, die parlamentarische Arbeit wieder in Gang zu bringen, zu vereiteln, jeden Versuch, den verfassungsmässigen Zustand wiederherzustellen, zu verhindern entschlossen ist.

Welche Schlüsse alle verfassungstreuen Republikaner daraus ziehen müssten, wenn die Regierung diese Drohung verwirklichte, den Zusammentritt des Parlaments tatsächlich verhinderte, ist in dem Aufruf unseres Parteivorstandes gesagt und wird heute im Wiener Landtag gesagt werden.

Auf diese Konfiskation - die sogar Titelzeilen und Stellen trifft, die, wie zum Beispiel die Stelle aus dem Aufruf des Sozialdemokratischen Parteivorstandes zeigt, fast in der gesamten Wiener Presse unbeanstaltet geblieben sind - gedenkt die "Arbeiter-Zeitung" morgen in folgender Art zu antworten:

"Die erste Konfiskation nach dem Verfassungsbruch.

Es war vorauszusehen, dass unter dem Regime des Verfassungsbruches, unter der Herrschaft der neuen verfassungswidrigen Maulkorbverordnung über die Presse des Herrn Staatsanwalt zuerst bei uns seine Visitenkarte abgegeben werde. Das ist geschehen. Die "Arbeiter-Zeitung" und "Das Kleine Blatt" sind gestern konfisziert worden. Das ist ja der Zweck der ganzen Verordnung: die sozialdemokratische Presse soll geknebelt, unter Ausnahmerecht gestellt, die Sozialdemokratische Partei soll mundtot gemacht und eingeschüchtert werden. Aber wir können es dieser Regierung des Verfassungsbruches mit allem Nachdruck versichern: diesen Zweck erreicht sie nie und nimmer!

Aus der im Wiener Landtag eingebrachten Interpellation kann die Öffentlichkeit ersehen, welche Stellen dem Rotstift des Staatsanwaltes verfielen. Er hat in der Absicht, die Arbeiterpresse zu schikanieren, keine Mühe, aber auch keine Blamage gescheut. Er ist so weit gegangen, im "Kleinen Blatt" den Satz zu beschlagnahmen: "Die Pressfreiheit ist durch die Verfassung verbürgt". Man darf also in Oesterreich nicht mehr in der Zeitung schreiben, was in der Bundesverfassung steht!

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

37. Blatt

Wien, am

Der Staatsanwalt hat ferner in dem Aufruf des Sozialdemokratischen Parteivorstandes, in dem Manifest, das die grösste Partei des Landes an ihre Hunderttausende von Mitgliedern, an 42 Prozent der österreichischen Wählerschaft richtet, folgende Stelle beschlagnahmt:

" Sollte es aber nicht gelingen, uns den bedrohten parlamentarischen Kampfboden in kürzester Zeit wiederzugewinnen, dann werden wir nicht mehr im Parlament für euch kämpfen können; dann werdet ihr selbst die Verfassung der Republik verteidigen müssen! Sollte es uns durch Knebelung unseres Wortes unmöglich gemacht werden, euch zu raten und zu führen, dann werdet ihr selbst aus eigener Initiative Recht, Gesetz und Freiheit verteidigen! "

Die Konfiskation unterstreicht nur die Bedeutung der Stelle. Unsere Genossen werden sie nun erst recht in ihrer ganzen Tragweite verstehen.

Aber nun kommt das Bezeichnendste! Der Aufruf der Sozialdemokratischen Partei ist auch durch die Sozialdemokratische Korrespondenz verbreitet worden; fast alle bürgerlichen Blätter haben ihn auszugsweise abgedruckt. Die in der " Arbeiter - Zeitung " und im " Kleinen Blatt " beschlagnahmte Stelle ist im vollen Wortlaut in mehr als einem halben Dutzend Zeitungen (" Reichspost", " Neue Freie Presse", " Neues Wiener Tagblatt", " Volkszeitung", " Kleine Volkszeitung", " Neue Zeitung", " Deutschösterreichische Tageszeitung") erschienen. Nichts beweist besser die Willkür, mit der diese Beschlagnahme vorgenommen wurde. Nichts zeigt deutlicher die Absicht, die Arbeiterpresse und nur die Arbeiterpresse zu treffen. Man könnte über dieses staatsanwaltschaftliche " Uebersehen " angeblich höchst staatsgefährlicher Äusserungen in einem halben Dutzend Zeitungen sehr grimmige Witze machen: auch wenn in Oesterreich die Diktatur anfängt, so beginnt sie mit dem Pallawatsch. Aber es ist nicht zum Lachen: es ist eine ernste, sehr ernste Illustration der Rechtsgleichheit und der Rechtsbegriffe, die sich in Oesterreich einzunisten beginnen.

Diesem Einbruch der Willkür in die Rechtsordnung der Republik gilt es zu wehren. Dieses Verschlampung des Rechtsbewusstseins ist ebenso schlimm wie der offene Versuch des Rechtsbruchs, der Aufhebung verfassungsrechtlich gewährleisteter Staatsbürgerrechte. Wenn dieser Weg ohne Widerstand betreten werden dürfte, wenn nicht von allem Anfang an, mit aller Energie dem Rechtsbruch, dem kleinsten wie dem grössten, entgegengetreten wird - dann ist die Bahn eröffnet, auf der vor unseren Augen das deutsche Volk in den Abgrund gestürzt ist, in dem es heute, aller Rechtsbegriffe beraubt, alle Werte der Menschlichkeit und der Kultur unter den Stiefeln fascistischer Banden zertrampelt sieht. So darf und wird es in Oesterreich nicht kommen!

Der Staatsanwalt hat gestern in der " Arbeiter-Zeitung " auch die Parole beschlagnahmt, die wir an der Spitze des Blattes allen Aufrufen und Mitteilungen vorangestellt hatten: "Abwehr des Verfassungsbruches!" Man darf es also keinen Verfassungsbruch nennen, wenn die Regierung mit einer Verordnung auf Grund des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes die verfassungsgesetzlich gewährleistete Pressefreiheit aufhebt! Wir sagen es dem Staatsanwalt und wir sagen es dieser Regierung: So wenig es ihnen gelingt, zu verhindern, dass wir das Vorgehen der Regierung einen Verfassungsbruch nennen, so wenig es ihnen gelun-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

38. Blatt

Wien, am

gen ist, diese Parole zu unterdrücken - so wenig wird es ihnen gelin-
gen, die Arbeiterschaft selbst an der Abwehr jedes Angriffes auf ihre
Freiheitsrechte zu hindern! Sie werden die Abwehr des Verfassungs-
bruches nicht vereiteln! "

Die Gefertigten richten an den Herrn Landeshauptmann die
Frage:

Sind Sie bereit, der Regierung klar zu machen, dass eine
solche Knebelung der Pressefreiheit höchste Erbitterung in der Bevölke-
rung auslösen muss;

sind Sie bereit, der Regierung weiter klar zu machen, dass sie
dafür zu sorgen hat, dass dieser mutwilligen und unerhörten Beschlag-
nahmopraxis sofort ein Ende gesetzt werde;

sind Sie bereit, der Regierung ferner klarzumachen, welche Ge-
fahren für die Ruhe und Ordnung in unserer Stadt und unserer Republik
sie heraufbeschwört, wenn sie einer Partei, die zwei Drittel der Wäh-
lerschaft Wiens und mehr als zwei Fünftel der Wählerschaft Österreichs
umfasst, es unmöglich macht, zu ihren Wählern zu sprechen?

Wien, am 9. März 1933.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

39. Blatt

Wien, am

-----Anfrage-----

der Abgeordneten Otto Nachtebol, Leopoldine Glöckel und Leopold Thaller an den Herrn Landeshauptmann wegen Beschlagnahme der Nummer 68 der Zeitung "Das Kleine Blatt" vom 9. März 1933.

Der Staatsanwalt hat heute die Zeitung "Das Kleine Blatt" beschlagnahmt. Der Beschlagnahme verfiel der erste Artikel:

"Schach dem Verfassungsbruch!"

Der Staatsanwalt hat neben dem Titel "Schach dem Verfassungsbruch!" daraus folgende Stellen konfisziert:

Aber die Regierung glaubt, heute mit einem wirtschaftlichen Kriegsgesetz politische Verfassungsrechte der Staatsbürger aufheben zu können.

Das ist nackter Rechtsbruch!

Die Pressfreiheit ist durch die Verfassung verbürgt.

Die Regierung glaubt aber "auf Grund" eines wirtschaftlichen Kriegsgesetzes durch eine Verordnung ein Verfassungsgesetz einfach aufheben zu können.

Das hat mit Recht und Gesetz nichts mehr zu tun. Hier regiert die Gewalt!

Auf diese schiefe Ebene würden wir gelangen, wenn sich das republikanische Volk von Oesterreich nicht sofort mit aller Leidenschaft dem ersten Angriff gegen seine Freiheiten und Rechte zur Wehr setzen würde.

Die sozialdemokratische Partei hat den Kampf auf der ganzen Linie gegen den Verfassungsbruch eröffnet. Das ganze Volk muss sich in diesem Kampf um die Sozialdemokratie scharen. Es kann keine Ruhe in Oesterreich geben, solange die Verfassung nicht wiederhergestellt, solange Gesetz und Recht nicht wieder in Geltung sind.

Die Regierung aber findet, dass just jetzt die beste Zeit für eine Verschärfung der politischen Kämpfe sei. Und so bietet sie stattdessen ein Arbeitsbeschaffungsprogramm wirtschaftszerstörende Verfassungskämpfe, statt Aufbau der Industrie - Abbau der Freiheit!

Die Regierung wird aber erfahren, dass sie einen verhängnisvollen Weg betreten hat.

Das österreichische Volk, gewarnt durch das furchtbare Schicksal der deutschen, wird sich seine Freiheit nicht nehmen, auch nicht schmälern lassen; es wird sich rechtzeitig wehren, wird sich im Kampfe zurückholen, was ihm Gewalt entzissen hat.

Jedem Angriff auf die Freiheit muss sofort widerstanden werden, soll die Freiheit nicht untergehen!

RATHAUSKORRESPONDENZ

40. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Weiter hat der Staatsanwalt aus einem Artikel:

" Die Freiheit in Gefahr ! ",

der folgenden Wortlaut hat:

Die Freiheit in Gefahr !

Ernster Aufruf der sozialdemokratischen Partei.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei hat soeben folgenden Aufruf erlassen:

" Arbeiter und Angestellte ! Republikaner " $\frac{1}{2}$

Die Republik, die Freiheitsrechte des Volkes, die sozialen Errungenschaften der Arbeiter und Angestellten sind in schwerere Gefahr denn je geraten. Der Faschismus bedroht unsere Rechte.

Hinter den Christlichsozialen, den Hahnenschwänzlern und den Landbündlern, auf die sich die Regierung stützt, steht höchstens noch ein Drittel des deutschösterreichischen Volkes.

Die Vertreter einer Minderheit des Volkes massen sich eine schrankenlose, unkontrollierte Diktatur über das ganze Volk an.

Schon hat diese Diktatur die Freiheitsrechte des Volkes angegriffen. Sie hat alle Versammlungen verboten, die durch die Verfassung dem Volke verbürgte Versammlungsfreiheit mit einem Federstrich vernichtet. Sie hat " auf Grund " des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes vom Jahre 1917 die Presse geknebelt. Das alte Konfiskationsrecht aus der Zeit der Monarchie, das die Republik der Willkür der Staatsanwälte entrissen und der Kontrolle der Gerichte unterworfen hat, ist wiederhergestellt! Die Vorzensur über missliebige Zeitungen, wie sie in der Kriegszeit bestanden hat, ist wieder eingeführt! Wer einen österreichischen Minister oder eine ausländische Regierung - Hitler, Mussolini oder Horthy ! - beleidigt, kann nach dieser Knebelungsverordnung mit Arrest bis zu drei Monaten bestraft werden, und das Urteil sollen nicht unabhängige Richter sprechen, sondern die Polizei! Und gegen ihre Urteile soll nicht einmal ein Rekurs möglich sein !

Schluss mit der Redefreiheit ! Schluss mit der freien Meinungsäußerung ! Schluss mit der freien Kritik an der Regierung ! Das ist der Sinn dieser Knebelungsverordnung !

Und dieser Verordnung wird erlassen " auf Grund " eines Kriegsgesetzes aus dem Jahre 1917, das die Regierung ermächtigt hat, wirtschaftliche Massregeln zur Abwehr wirtschaftlicher Gefahren zu treffen!

Wenn das Möglich, wenn das zulässig ist, dann könnte die Regierung morgen mit der Berufung auf dasselbe Kriegsgesetz alle anderen Freiheiten des Volkes aufheben, alle Arbeiter- und Angestelltenschutzgesetze demolieren, den Mieterschutz und den Pächterschutz abschaffen, die Bezüge und Pensionen der öffentlichen Angestellten herabsetzen, ohne die Zustimmung des Parlaments zu brauchen !

Kein einziges unserer Rechte, keine einzige unserer Errungenschaften ist mehr sicher !

Die Volksvertretung soll ausgeschaltet bleiben. An die Stelle der von der Volksvertretung beschlossenen Gesetze sollen Verordnungen der Regierung treten. Was bedeutet das ?

Arbeitslose !

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

41. Blatt

Wien, am

Nach den Richtlinien des Sozialministers sollen in den nächsten Wochen abermals Tausende Arbeitslose aus der Notstandsaushilfe ausgesteuert werden, Tausenden die Notstandsaushilfe gekürzt werden.

Wenn es kein Parlament mehr gibt, dann haben die sozialdemokratischen Abgeordneten keine Möglichkeit mehr, euch zu schützen, keinen Kampfboden mehr, auf dem sie euer Recht auf das Leben verteidigen können.

Eisenbahner !

Ihr braucht den Schutz des Parlaments gegen die drohenden Massregelungen - das Parlament ist ausgeschaltet! Die Regierung will durch ein zweites Bundesbahnsanierungsgesetz eure Bezüge, eure Pensionen abermals empfindlich herabsetzen, die Rechte eurer Personalvertretung zerstören; es besteht die ernste Gefahr, dass die Regierung all das " auf Grund " des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes selbstherrlich verordnet, ohne das Parlament zu fragen !

Arbeiter und Angestellte :

Schon verlangen die Hahnenschwänzler, dass durch eine Verordnung " auf Grund " des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes das Koalitionsrecht aufgehoben, jeder Streik mit Strafen bedroht werde, damit ihr, ohne jede Möglichkeit der Gegenwehr, der Willkür der Unternehmer ausgeliefert werdet !

So sind heute schon alle unsere Freiheiten, alle unsere Rechte bedroht. Wenn wir uns nicht zur Wehr setzen, solange es noch Zeit ist, werden wir in die völlige Rechtlosigkeit hineinschlittern, wie es unseren Brüdern in Deutschland ergangen ist !

Unsere Partei will zunächst alle verfassungsmässigen Mittel anwenden, um die Diktaturgelüste der Regierungsparteien, um die verfassungswidrigen Knebelungsverordnungen abzuwehren.

Solange diese Mittel noch angewendet werden können, fordern wir euch auf, strengste Disziplin zu halten, nur nach den Parolen der Partei und der freien Gewerkschaften zu handeln, alle Unbesonnenheiten, die dem Gegner den Vorwand zu seinen Unterdrückungsmassregeln liefern könnten, zu vermeiden !

Sollte es aber nicht gelingen, uns den bedrohten parlamentarischen Kampfboden zu kürzester Zeit wiederzugewinnen, dann werden wir nicht mehr im Parlament für euch kämpfen können, sondern werdet ihr selbst die Verfassung der Republik verteidigen müssen! Sollte es uns durch Knebelung unseres Wortes unmöglich gemacht werden, euch zu raten, und zu führen, dann werdet ihr selbst aus eigener Initiative, Recht, Gesetz und Freiheit verteidigen!

Darum zunächst: Wachsamkeit, Besonnenheit, Bereitschaft ! Die Stunde der Entscheidung kann euch sehr bald rufen !

Freiheitsliebende Männer und Frauen werden sich nicht einer Diktatur unterwerfen! Wir sind freie Bürger der Republik; wir wollen und werden keine rechtlosen Untertanen werden ! Freiheit !

folgende Stelle beschlagnahmt:

Sollte es aber nicht gelingen, uns den bedrohten parlamentarischen Kampfboden in kürzester Zeit wiederzugewinnen, dann werden wir nicht mehr im Parlament für euch kämpfen können, sondern werdet ihr selbst die Verfassung der Republik verteidigen müssen ! Sollte es uns durch

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

42. Blatt

Wien, am

Knebelung unseres Wortes unmöglich gemacht werden, auch zu raten und zu führen, dann werdet ihr selbst aus eigener Initiative Recht, Gesetz und Freiheit verteidigen!

Die Konfiskation dieser Stelle ist unverständlich, weil sie mit Ausnahme der " Arbeiter - Zeitung " und des " Kleinen Blattes " in allen anderen Wiener Blättern, die sie abdruckten, unbeanstandet erschienen ist.

Die Gefertigten richten an den Herrn Landeshauptmann die Frage:

Sind Sie bereit, der Regierung klarzumachen, dass eine solche Knebelung der Pressefreiheit höchste Erbitterung in der Bevölkerung auslösen muss;

sind Sie bereit, der Regierung klarzumachen, dass sie dafür zu sorgen hat, dass dieser mutwilligen und unerhörten Beschlagnahmep Praxis sofort ein Ende gesetzt werde ?

Wien, am 9. März 1933.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

43. Blatt

Wien, am

Es wird an die Erledigung des Tagosordnung geschritten.

An Stelle des STR. Julius Linder wird Abgeordneter:

Breitner zum Mitglied des Kuratoriums der Wiener Landes Hypothekenanstalt gewählt.

Das Ersuchen des Bezirksgerichtes Bruck an der Leitha um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten Frauenfeld wegen § 312 STG

und das Ersuchen des Strafbezirksgerichtes I in Wien um Zustimmung zur Verfolgung des Abgeordneten Gratzenberger wegen § 312 STG (Berichterstatter über beide Ansuchen Abgeordneter Rotter) wird abgelehnt.

Abgeordneter Nachnebel berichtet ~~über die~~ über die auf Grund des Wiener Unvereinbarkeitsgesetzes erfolgten Anmeldungen und stellt folgende Anträge:

1.) Die von Gemeindeorganen ausgehenden Delegationen von Mitgliedern des Wiener Landtages in wirtschaftliche Unternehmungen werden, soweit sie nicht kraft Gesetzes als genehmigt gelten, generell genehmigt.

2.) Die seit 1. Juli 1932 erstatteten dem Unvereinbarkeitsausschuss vorliegenden Anmeldungen von Betätigungen der Landtagsabgeordneten in der Privatwirtschaft werden auf Grund individueller Ueberprüfung als nicht unvereinbar erklärt.

Abgeordneter Dr. Hanke beantragt:

Die von Gemeindeorganen ausgehenden Delegationen von Mitgliedern des Wiener Landtages in wirtschaftliche Unternehmungen sind, soweit sie nicht kraft des Gesetzes als genehmigt gelten, wie bisher, dem Unvereinbarkeitsausschuss vorzulegen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Dr. Hanke abgelehnt, die Anträge des Unvereinbarkeitsausschuss werden angenommen.

Die Verhandlung wird hierauf abgebrochen.

Präsident Dr. Neubauer teilt mit, dass er sofort den Landtag einberufen werde, wenn es sich als notwendig erweist, die von der Regierung bedrohten Staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten zu schützen. (Beifall bei den Soz. dem.)

Die nächste Sitzung wird in schriftlichem Wege einberufen werden.

Schluss der Sitzung um 20 Uhr 35 Minuten.

.....